

**Beate Sträter**

# **Die Debatte um Land und Staat Israel**

**Eine Argumentationshilfe**

Januar 2013

## Zum Geleit

Spätestens mit Erscheinen des Dokuments „Die Stunde der Wahrheit: Ein Wort des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe aus der Mitte des Leidens der Palästinenserinnen und Palästinenser“ (2009) hat die innerkirchliche Auseinandersetzung um die Haltung zum Staat Israel und seiner Politik gegenüber Palästina an Heftigkeit zugenommen.

Dabei geht es nicht nur um unterschiedliche Einschätzungen der gegenwärtigen politischen Lage im Nahen Osten. Zur Disposition stehen auch theologische Grundsatzentscheidungen. Der Staat Israel als „Zeichen der Treue Gottes“: Die einen halten diese im Rheinischen Synodalbeschluss von 1980 formulierte Position auch heute für theologisch bindend, gefragt werden müsse allenfalls, wie sie heute zu verstehen sei. Anderen erscheint sie als verhängnisvoller Irrtum, weil sie von Israel ausgehende Ungerechtigkeit theologisch verkläre und also einer Ideologisierung des Politischen Vorschub leiste.

Der Streit geht quer durch unsere Kirchen und Gemeinden, er wird hoch emotional geführt, aufgeladen mit gegenseitigen Unterstellungen und Verdächtigungen; langjährige Weggefährten stehen sich bisweilen unversöhnlich gegenüber.

Dem Moderamen des reformierten Bundes war daran gelegen, in dieser komplizierten und komplexen Gemengelage einen Beitrag zur Versachlichung zu leisten. Deshalb hat das Moderamen eine Argumentationshilfe in Auftrag gegeben, welche die derzeitige Debatte darstellen, über die politische Lage im Nahen Osten differenziert informieren und die theologischen Argumentationsstränge so nachzeichnen soll, dass sie zum eigenen Urteil befähigt.

Wir sind dankbar, dass Dr. Beate Sträter sich dieser wichtigen und anspruchsvollen Aufgabe gestellt hat. Dank gebührt auch all denen, die das Entstehen ihrer Schrift mit Anregungen und kritischen Hinweisen begleitet haben.

Das Moderamen hat das Ergebnis nach einer engagierten Debatte einstimmig mit Dank entgegengenommen und legt es hiermit der kirchlichen Öffentlichkeit vor. Wir erhoffen uns vom Studium dieser Schrift einen Zugewinn an Klarheit und damit einhergehend eine Versachlichung der notwendigen Diskussion.

Wuppertal, den 7.1.2013

*Peter Bukowski*, Moderator des Reformierten Bundes

## Einführung

Sowohl im kirchlichen Kontext als auch in der allgemeinen Öffentlichkeit sind in der letzten Zeit immer wieder heftige Debatten um die Haltung zum Staat Israel und seiner Politik gegenüber den Palästinensern entflammt. Doch nicht der Nahost-Konflikt und die israelische Politik gegenüber den Palästinensern allein, sondern auch die schwer kalkulierbaren Konsequenzen der Umbrüche in der Arabischen Welt sind Gegenstand der Diskussion. Hinzu kommt mit wachsender Dringlichkeit die drohende Gefahr eines Krieges zwischen dem Iran und Israel, dessen Folgen nicht nur für die Region, sondern für die ganze Welt unabsehbar sind.

Die folgenden Ausführungen sollen dazu beitragen, eine mögliche Position zu entwickeln, die sowohl theologisch begründet als auch politisch informiert ist. Dabei soll es in einem ersten Schritt darum gehen, einen Überblick über einige Positionen zu geben, die insbesondere im (deutschen) kirchlichen Kontext diskutiert wurden. Diese Positionen werden in einem zweiten Schritt auf ihre impliziten und expliziten Argumentationslinien hin überprüft und kritisch diskutiert. Hierbei liegt ein Schwerpunkt auf dem befreiungstheologischen Ansatz palästinensischer Theologen, ein weiterer auf der politischen Debatte vermeintlicher Tabubrüche durch eine Kritik an der Politik des Staates Israel.

In einem weiteren Kapitel stehen die aktuelle politische Lage im Nahen Osten vor dem Hintergrund der Umbrüche in der Region sowie die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung mit dem Iran im Mittelpunkt.

Vor dem Hintergrund dieser Analyse erfolgt dann eine Vorstellung und Bewertung offizieller kirchlicher Stellungnahmen der EKIR und der EKD, die sich teilweise auf die palästinensischen Stimmen, aber auch auf die innerkirchliche Debatte über Land und Staat Israel beziehen. Schließlich sollen hieraus Schlussfolgerungen für eine Positionierung des RB gezogen und Handlungsoptionen vorgestellt werden.

## 1. Die aktuelle Debatte

### 1.1 „Die Stunde der Wahrheit: Ein Wort des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe aus der Mitte des Leidens der Palästinenserinnen und Palästinenser“

Einen entscheidenden Anstoß der Debatte gab ein im Dezember 2009 veröffentlichtes Dokument 16 prominenter palästinensischer Kirchenführer unterschiedlicher Denominationen. Nicht zufällig als „Kairos-Papier“ titulierte, stellten die Verfasser und auch der ÖRK, der die Veröffentlichung mit betrieb, dieses Papier in eine Linie mit dem Aufruf der Christen aus Südafrika aus dem Jahr 1985. Angesichts einer als ausweglos empfundenen Situation des palästinensischen Volkes richteten sich die Verfasser an die internationale Gemeinschaft, die christlichen Kirchen in aller Welt sowie die politische Führung in Israel und den palästinensischen Gebieten.

In einem ersten Kapitel werden eindrücklich die gegenwärtigen Entwicklungen beschrieben, die sich von einer Lösung des Konflikts immer weiter entfernen und im Gegenteil zu seiner Verschärfung führen, wodurch das Leiden der palästinensischen Bevölkerung weiter vergrößert wird.

Diese Beschreibung ist unvermeidlich parteilich und schildert Ungerechtigkeit und Menschenrechtsverletzungen sowie Verstöße gegen das Völkerrecht durch die israelische Regierung. Darüber hinaus wird in der fortgesetzten israelischen Besetzung die Ursache dieser Entwicklung gesehen, auch die Ursache für palästinensischen Widerstand: „Wenn es jedoch keine Besetzung gäbe, gäbe es auch keinen Widerstand, keine Angst und keine Unsicherheit. Das ist unsere Sicht der Dinge“ (S. 3). Ebenfalls Ausdruck dieser Parteilichkeit ist eine Sicht, die die Verantwortung für das Scheitern des Friedensprozesses, aber auch für den bewaffneten Widerstand, der von israelischer Seite als Terrorismus bezeichnet wird<sup>1</sup>, allein in der israelischen Politik verortet. In

---

<sup>1</sup> An dieser Stelle wird nicht differenziert, ob zum bewaffneten Widerstand auch die Selbstmordattentate auf Busse oder zivile Ziele gemeint sind, die im engeren Sinne als terroristisch zu bezeichnen sind. Der Begriff des Terrorismus wird von israelischer Seite – wie auch in anderen Teilen der westlichen Welt – ideologisch benutzt und als Begründung für verschärfte Sicherheitsmassnahmen herangezogen. Auf der anderen Seite wird gegenüber Israel der Begriff

der fehlenden Unterstützung der Internationalen Gemeinschaft für die Anerkennung der gewählten palästinensischen Regierung wird der Grund für die Spaltungen innerhalb der Palästinenser gesehen.

Der eigentlich theologische Teil ist in drei Kapiteln nach den Stichworten Glauben (2), Hoffnung (3) und Liebe (4) gegliedert. Die Abschnitte 5-9 beinhalten konkrete Forderungen, wiederum gerichtet an die Kirchen der Welt, die internationale Gemeinschaft, die muslimischen und jüdischen religiösen Führungen sowie das palästinensische Volk und die Israelis.

In Hinblick auf die Positionen, die im Rheinischen Synodalbeschluss zur Rückkehr ins Land Israel formuliert werden („Zeichen der Treue Gottes“), gibt es in dem Dokument einige markante Aussagen. Auffällig ist hier, dass die Landverheißung an Israel universalisiert wird und nun das Land und die Völker, die in ihm leben, einen universalen Auftrag haben, ohne dass Israel hier genannt wird. Ebenso wenig kommt die Erwählung Israels oder die Landverheißung zur Sprache. Demgegenüber wird davon geredet, dass bestimmte Theologen im Westen versuchen, das zugefügte Unrecht biblisch und theologisch zu legitimieren (S. 6). An anderer Stelle wird in diesem Zusammenhang von einer fundamentalistischen Bibelauslegung gesprochen (S. 16), und es ist nicht klar benannt, gegen welche Positionen das Papier sich hier genau richtet. Denkbar ist einerseits, dass es sich um den christlichen Zionismus handelt, der besonders unter evangelikalen Christen in den USA weit verbreitet ist. Es ist aber nicht auszuschließen, dass sich diese Kritik, die an verschiedenen Stellen wiederholt wird, auch gegen eine Position wendet, wie sie im Rheinischen Synodalbeschluss formuliert ist.

In der Perspektive, die schließlich entwickelt wird, richtet sich das Papier an die Internationale Gemeinschaft mit der Forderung, endlich mit einer selektiven Anwendung des Völkerrechts Schluss zu machen. Neben Äußerungen, die man durchaus als eine Rechtfertigung des gewaltsamen Widerstandes verstehen kann, finden sich solche der Gewaltfreiheit und Versöhnungsbereitschaft. Insbesondere im vierten Kapitel, unter der Überschrift „Liebe“, findet sich eine theologische Reflektion darüber, inwieweit die christliche Liebe zum Widerstand mahnt und wie dieser Widerstand aus christlicher Sicht zu verstehen ist. So wird betont, dass dieser Widerstand nicht den Tod bringen darf, sondern Formen finden muss, die, ausgehend von der Ebenbildlichkeit des Menschen „die Menschlichkeit des Feindes“ ansprechen (S. 12). Andererseits finden sich Formulierungen, wie „Wir haben Hochachtung vor allen, die ihr Leben für unsere Nation hingegeben haben“, wobei nicht genauer unterschieden wird, in welcher Form dies geschehen ist (S. 13). Es entsteht der Eindruck, dass hier manches im Unklaren bleibt, oder auch unterschiedliche palästinensische Positionen zusammengeführt werden sollen. Manche Formulierungen scheinen eher in die Richtung der palästinensischen Seite gesprochen, die mehrfach als gespalten und nicht einheitlich beschrieben wird.

Auf der Ebene der praktischen Konsequenzen wird gegenüber den Kirchen des Westens und der Internationalen Gemeinschaft die Forderung nach Sanktionen und Boykottmaßnahmen gegenüber Israel erhoben, um Schritte zu einem gerechten und dauerhaften Frieden einzuleiten.

Das Papier endet mit einem Appell an das palästinensische Volk und an die Israelis, eine gemeinsame Vision zu suchen, die auf Gleichberechtigung beruht, und mit der Überzeugung, dass Liebe und gegenseitiges Vertrauen möglich sind. Gleichzeitig wird abgelehnt, dass der Staat religiös geprägt sein soll, sei er jüdisch oder muslimisch, weil so Ausgrenzung und Diskriminierung vorgeprogrammiert sind. Der Staat soll ein Staat für alle Bürgerinnen und Bürger mit ihren unterschiedlichen Religionen und Weltanschauungen sein.

Ausgangspunkt dieser Vision soll Jerusalem sein, und dies wird in Beziehung gesetzt zur prophetischen Vision des Jesaja in 2,2-5. Daraus folgen auch politische Konsequenzen: Die Frage nach Jerusalem muss der erste Verhandlungspunkt sein, weil sich jede politische Lösung auf diese prophetische Vision stützen soll.

Ein theologischer Grundgedanke des Dokuments ist die Betonung der Universalität. Diese wird an der Trinität entfaltet: Gott, der Schöpfer, ist als der Gott aller Welt beschrieben, mit Jesus kommt etwas grundsätzlich Neues in die Welt („eine Revolution“), durch ihn erscheinen das Alte Testament, aber auch Themen wie Verheißung, Erwählung und das Volk Gottes in einem neuen

---

des Staatsterrorismus verwendet, wenn es z.B. um extralegale Hinrichtungen geht. Insgesamt ist der Begriff ideologisch besetzt und wird nicht allein zur Charakterisierung einer bestimmten Form gewaltsamen Handelns, sondern in einem weiteren Sinn benutzt.

Licht (2.2.2.). Der Heilige Geist leitete dazu an, das Alte Testament „ganz und gar auf das allein in universaler Ausrichtung verstandene Neue Testament hin zu lesen“ (Wengst, 2011).

Auch das Land hat so einen universellen Auftrag, unter dieser Perspektive ist auch die Landverheißung zu sehen, sie ist „Auftakt zur vollständigen universellen Erlösung“ (2.3.). Es wird aus der Bindung an Israel gelöst. Israel erscheint ausschließlich als Besatzer, darin liegt der alleinige Grund des Leidens der Palästinenser.

## 1.2 Mark Braverman: „Verhängnisvolle Scham. Israels Politik und das Schweigen der Christen“

Im Gütersloher Verlagshaus erschien 2011 unter diesem Titel die deutsche Übersetzung der 2010 in den USA erschienenen Originalausgabe „Fatal Embrace. Christian, Jews And the Search for Peace in the Holy Land“. Der Autor Mark Braverman ist ein aus einem traditionellen Elternhaus stammender amerikanischer Jude. Seine zentrale These, die er in seinem Buch entfaltet, ist kurz gefasst die altbekannte: Christen, insbesondere die Deutschen, vermeiden aus Schuldbewusstsein über den Holocaust jegliche Kritik an der Politik des Staates Israels, weil sie damit die überaus wichtigen und mühsam aufgebauten Beziehungen zu den jüdischen Institutionen und Gelehrten fürchten aufs Spiel zu setzen oder zu zerstören. „Palästina wurde dem jüdischen Volk als modernes Schuldopfer dargebracht.“ (S. 22)

Auf theologischer Ebene habe die Beschäftigung mit der Schuld gegenüber den Juden einer weitergehenden Selbstprüfung im Weg gestanden. „Indem die Christen die Juden aus dem minderen Status innerhalb der christlichen Lehren heraus- und in den herausgehobenen Status des von Gott geliebten Volkes hinein hoben, umgingen sie die Notwendigkeit, die Ursachen für die Judenverfolgung in der Geschichte zu betrachten.“ (S. 21f) Eine „revidierte Theologie, die die höheren jüdischen Ansprüche auf das Land faktisch unterstützt ... beinhaltet die Rückkehr zu einem archaischen Gottesbild, zu einem Gott, der sich an einen bestimmten geographischen Ort bindet und einem bestimmten Volk den Vorzug gibt. Es hat das Christentum, das die Menschheit aus dem Partikularismus herausführte, dazu gebracht, einen gefährliche, anachronistische Ideologie von Landbesitz und Eroberung zu billigen.“ (S. 20)

Eine andere, beachtenswerte Argumentationslinie entfaltet Braverman, wenn er Parallelen zwischen der Theologie in der Nazizeit, der Ideologie des Apartheidsregimes in Südafrika als einer säkularen Religion und dem Zionismus zieht. Bei allen dreien, so Braverman, steht im Hintergrund der Wunsch, aus einer Situation der Niederlagen, der Schwäche und Demütigung wieder zu eine stolze Nation zu entwickeln (S. 15ff).

Im Geleitwort des Buches beschreibt Mitri Raheb das Engagement des Autors als in erster Linie an Christen gerichtet. Dabei geht es ihm nicht vorrangig um die Israelbegeisterung fundamentalistischer Kreise. Viel gefährlicher sieht er die Verbindungen der großen Kirchen und Israel, die getragen werden ...von einer beredsamen, intellektuellen, liberalen breiten Schicht wichtiger Persönlichkeiten“ (S. 9). Diese gehen mit Israel eine fatale Umarmung ein und sind zu feige, Israel zur Rechenschaft zu ziehen und Ungerechtigkeiten zu benennen.

Im weiteren Verlauf seine Vorwortes beschreibt Mitri Raheb den Autor als in der Tradition der Propheten Israels stehend, die es wagten, auch Unpopuläres zu sagen. So liegt es auch nahe, dass Braverman von amerikanischen Juden als ein sich selbst hassender Jude belächelt wird und Kirchen sich nicht trauen ihn einzuladen, weil sie Angst haben, dass sie deshalb von jüdischer Seite angegriffen werden.

Schließlich fordert Raheb – mit Bravermann – einen Paradigmenwechsel im christlich-jüdischen Gespräch, eine „Befreiung der deutschen Israel-Theologie aus ihrer babylonischen Gefangenschaft“ (S. 10).

Diese Zitate sollen an dieser Stelle genügen. Hier zeigt sich ein bekanntes Muster. Wenn selbst ein Jude, zudem aus einem traditionellen Elternhaus solche Positionen einnimmt, dann hat das natürlich eine entlastende und legitimierende Funktion. Seine Argumente öffnen Tor und Tür für fast alle altbekannten Stereotypen, sei es das Opfer der Palästinenser für die deutsche Schuld, sei es die Kritik des Zionismus als rassistische Ideologie, sei es die Kritik am Erwählungsgedanken Israels, der Instrumentalisierung des Holocaust durch die israelische Politik etc.

### 1.3 Jochen Vollmer: „Vom Nationalgott Jahwe zum Herrn der Welt und aller Völker“

Der im August 2011 im Deutschen Pfarrerblatt erschienene Artikel des emeritierten Pfarrers Jochen Vollmer sorgte nicht nur im innerkirchlichen Kontext für heftige Kontroversen, auch irritierte An-fragen von jüdischen Gesprächspartnern zeigten, dass hier eine Grenze überschritten war.

Zu dem Artikel Vollmers gibt es eine ausführliche Debatte, in der seine theologisch fragwürdigen und historisch verkürzten Ausführungen insbesondere zur Entstehungsgeschichte des Staates und einer Verortung des Zionismus demontiert werden (z.B. auf reformiert-info). Hier sollen deshalb nur einige seiner Thesen genannt werden, weil sich hier auffällige Parallelen zu den bereits vorher dargestellten Äußerungen entdecken lassen.

Für Vollmer ist die Gründung des Staates Israel eine Konsequenz aus dem Holocaust und die Palästinenser werden zu Opfern von Opfern. Indem der Holocaust zu einem wesentlichen Merkmal jüdischer Identität nach 1945 wird, manifestiert sich darin bis heute im Selbstverständnis Israels eine Opfermentalität. (S. 2). Verbunden mit dem religiösen Anspruch, dass das Land von Gott versprochen ist, legitimiert diese die unrechtmäßige Besitznahme des Landes („Eindringlinge und Räuber“, S. 2) und die Vertreibung und Verdrängung seiner bisherigen Bewohner. „Dass Israel den Arabern das Land geraubt hat, wird mit der biblischen Landverheißung und der Inanspruchnahme des Gottes Israel gegen den Gott der Araber legitimiert.“ (S. 3)

Ein Grundübel liegt in dem Dilemma, dass Israel gleichzeitig als jüdischer Staat seinen religiösen Traditionen verpflichtet ist und zu einer exklusiv jüdischen Bevölkerung tendiert, auf der anderen Seite als demokratischer Staat der Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger vor dem Gesetz und den allgemeinen Menschenrechten verpflichtet ist. Hierin, also im religiösen Charakter des Staates, sieht Vollmer die Ursache für die Friedlosigkeit Israels. „Als jüdischer Staat geht er zwangsläufig mit der Vertreibung und Unterdrückung der nicht-jüdischen Bevölkerung einher.“ (S. 5)

Nur konsequent kritisiert er aus dieser Perspektive den Rheinischen Synodalbeschluss, wenn dort in der Errichtung des Staates Israel ein Zeichen der Treue Gottes gesehen wird. Hierin sieht Vollmer den Versuch, die unsägliche Schuld theologisch zu kompensieren, die Christen auf sich geladen haben, zumal das Volk Israel mit der staatlichen Verfasstheit seines Staates Hunderttausende unschuldige Menschen zu Opfern gemacht habe und weiter macht (S. 6).

In der folgenden theologischen Argumentation führt er die innerbiblische Kritik am Königtum, wie auch die Geschichte Israels an. Während die Staatlichkeit Israels nur eine vorübergehende Episode war, entstand im Exil der Monotheismus. Die Landverheißung entspricht dem Paradigma von Stammesgesellschaften und ihren Gottheiten. Dieses Paradigma wird mit dem Monotheismus überwunden: „Mit dem Verlust seiner Staatlichkeit wurde Israel herausgefordert, im universalen Horizont Gott als Gott Israels und der Völker wie als Schöpfer des Himmels und der Erde neu zu denken. Gott hat sein Volk herausgeführt aus der nationalreligiösen Gefangenschaft in den Glauben an seine universale Königsherrschaft über alle Völker.“ (S. 8)

Vollmer unterscheidet im Folgenden den nationalistischen Horizont des Glaubens, nach dem das Volk (im ethnischen Sinn), Land und Gott eine wesensmäßige Dreieinheit bilden, von dem universalen Horizont des Glaubens, bei dem das Volk als Glaubensgemeinschaft lebt, die an den einen Gott glaubt und nach der Tora lebt. Der „Nationalgott Jahwe“ gehört in die Gründungsgeschichte Israels, mit dem Exil wird diese nationalistische Perspektive zerstört, da Gott nun der Gott aller Völker ist (S. 9). Hinzu kommt, dass sich seit dem Exil das Judentum nicht mehr ethnisch konstituiert und an das Land geographisch nicht mehr gebunden ist (S. 9).

Mit seiner Behauptung, das jüdische Volk sei keine ethnische Größe mehr, widerspricht Vollmer der Definition der jüdischen Tradition und auch einem Selbstverständnis, wonach jeder jüdisch ist, der eine jüdische Mutter hat bzw. zum Judentum übertritt, das selbst von den meisten säkularen Juden geteilt wird. Als Nichtjude schreibt er so Juden vor, wie sie sich zu verstehen haben – eine ungeheure Anmaßung (Meißner, 2011).

Hieraus folgt für Vollmer auch, dass das Judentum als Glaubensgemeinschaft, aber eben nicht mehr als Volk, keinen Anspruch auf einen eigenen Staat erheben kann. Mit dem Verweis auf das Babylonische Exil folgert er daraus eine Unvereinbarkeit von jüdischem Volk und jüdischem Staat. Dem ist entgegenzuhalten, dass das Exil zwar zeigte, dass ein Staat für das jüdische Volk

nicht notwendig für seine Existenz ist. Es ist damit aber noch lange nicht gesagt, dass es keinen Staat haben darf, wie Vollmer daraus schließt (Meißner, 2011).

Diesen Schritt, so Vollmer, muss auch die Theologie vollziehen, die sich befreien soll „aus nationalreligiöser Gefangenschaft, aus einem partikularen und exklusiven Missverständnis Gottes zugunsten von Israel auf Kosten der Völker, aus der missbräuchlichen Vereinnahmung der Bibel für nationalreligiöse Interessen“ (S. 10). Er bezieht sich hier ausdrücklich auf die palästinensische Befreiungstheologie, wie sie z.B. von Naim S. Ateek formuliert wurde.

Ausgehend von der Schöpfungserzählung, wonach der Mensch nach dem Bild Gottes geschaffen ist, ist jeder Mensch, so betont Vollmer, Gott heilig. Dies wird von der nationalreligiösen Rechten in Israel und ihren „vielen vermeintlichen christlichen Freunden“ verleugnet, wenn sie um der Heiligkeit des Landes willen Menschenrechtsverletzungen für geboten halten (S. 10).

Mit der wiederholten und gezielten Verwendung des Begriff „nationalreligiös“ stellt Vollmer einen deutlichen Bezug zu aktuellen Strömungen in Israel her, die insbesondere mit den Siedlern zu identifizieren sind. Innerbiblisch identifiziert er diese Haltung vorrangig mit dem Deuteronomium und seinen „nationalistischen Traditionen“ sowie dem deuteronomistischem Geschichtswerk und den gewaltsam ausgeschmückten Erzählungen der Landnahme. Dem stellt er die Propheten und hier vorrangig die Exilspropheten gegenüber. Dies geschieht in einer problematischen christlich-theologischen Tradition, die in den Propheten nicht eine jüdische Stimme, sondern ein kritisches Gegenüber zum jüdischen Volk sehen (Meißner, 2011). Hiermit steht er in einer theologischen Tradition, die das Neue Testament als Fortsetzung dieser prophetischen Tradition sieht, während im sog. „Spätjudentum“ und im rabbinischen Judentum eine Fortsetzung des alten Partikularismus einer Stammesreligion gesehen werden (Meißner, 2011).

Ebenso wie im palästinensischen Dokument „Stunde der Wahrheit“ findet sich bei Vollmer eine fragwürdige Auspielung von Universalismus vs. Partikularismus. Er macht dabei den Universalismus nicht allein an der Schöpfungserzählung, sondern besonders an der Exilserfahrung fest. Dabei lässt er außer Acht, dass es hier nicht um eine Alternative geht und die universalistische Öffnung nach dem Exil für andere Völker den Partikularismus der Gottesbeziehung nicht aufhebt. Die Konsequenz dieser Haltung ist nicht nur eine Entwertung weiter Teile der Hebräischen Bibel, sondern hat auch Konsequenzen für die Sicht des Neuen Testaments.

#### 1.4 Burkhard Müller: „Der Allmächtige als Lenker der Weltgeschichte?“

In seiner morgendlichen Rundfunkandacht vom 20.9.2011 beschäftigte sich auch der emeritierte Bonner Superintendent Burkhard Müller mit der Frage, wie die Rede von der Entstehung des Staates Israel als Zeichen der Treue Gottes zu verstehen ist. Er stellt diese in den Kontext unterschiedlicher geschichtlicher Ereignisse, wie den Hurricane Katrina, der New Orleans heimsuchte, den Zusammenbruch Deutschlands 1945, Auschwitz und den Mauerfall. Möglichen Deutungen dieser Ereignisse als Ausdruck von Gottes allmächtigem Handeln in der Geschichte erteilt er die Absage. Auch hier, so Müller, haben wir das Bild von einem allmächtigen Gott hervor geholt, der die Geschichte Israels lenkt und darin seine Treue beweist. Und er fragt: „Ist Gottes Treue auch da noch am Werk, wo israelische Siedler unter Berufung auf Gottes Verheißungen der Bibel den Palästinensern ihre Heimat wegnehmen?“

Fairerweise muss hier auch auf eine folgende Rundfunkandacht am 7.10.2011 hingewiesen werden, in der Müller sich auf das palästinensische Dokument „Die Stunde der Wahrheit“ bezieht und in differenzierterer Weise argumentiert. So erläutert er die Genese und die Bedeutung des christlich-jüdischen Gesprächs. Er weist auf die Handreichung der EKIR „Diskussionsimpuls zur Lage in Israel/Palästina“ hin und wertet diesen positiv als einen Versöhnungs-Impuls, der keine frustrierte Rechthaberei gegenüber den Konfliktparteien praktiziert.

#### 1.5 Grass-Gedicht(e)

Nur kurz erwähnt werden soll hier die Veröffentlichung des Gedichtes „Was gesagt werden muss“ von Günter Grass im April 2012, in dem er sich mit einem möglichen Angriff Israels auf den Iran auseinandersetzt und das neben heftiger Auseinandersetzungen in Deutschland für Grass auch zu einem Einreiseverbot nach Israel führte, das formal allerdings mit seiner Mitgliedschaft in der Waffen-SS begründet wurde (Spiegel online vom 8.4.2011). In seinem gerade er-

schienenen Gedichtband „Eintagsfliegen“ setzt er sich nun erneut auch mit der israelischen Politik auseinander, neben dem bereits bekannten Gedicht insbesondere mit dem seit 1986 inhaftierten israelischen Nukleartechniker Mordechai Vanunu, der das israelische Atomprogramm öffentlich machte und nun für 18 Jahre wegen Spionage eine Haftstrafe absitzen muss und den er als Helden bezeichnet. Das früher veröffentlichte Gedicht gegen die israelische Politik gegenüber dem Iran hat er in diesem Band geringfügig überarbeitet (Zeit online vom 20.9.2012). Er spricht jetzt nicht mehr von der „Atommacht Israel“, sondern von der „gegenwärtigen Regierung der Atommacht“, da, wie er ausführt, sich seine Kritik allein gegen die Regierung des israelischen Premier Netanjahu richte.

Interessant in unserem Zusammenhang ist an diesem Gedicht vor allem der vermeintliche Tabubruch, den Grass hier vorzunehmen meint und der seiner Meinung nach aufgrund der drohenden Gefahr durch einen israelischen Angriff auf den Iran längst überfällig und nötig sei.

„Das allgemein Verschweigen dieses Tatbestandes  
dem sich mein Schweigen untergeordnet hat,  
empfinde ich als belastende Lüge  
und Zwang, der Strafe in Aussicht stellt,  
sobald er missachtet wird;  
das ‚Verdikt Antisemitismus‘“

und weiter:

„und zugegeben: ich schweige nicht mehr,  
weil ich der Heuchelei des Westens überdrüssig bin; zudem ist zu hoffen,  
es mögen sich viele vom Schweigen befreien,  
den Verursacher der erkennbaren Gefahr  
zum Verzicht auf Gewalt auffordern ...“

Wie kommt es immer wieder zu dem Bedürfnis ein Tabu zu brechen, das z.B. von Seiten vieler Israelis gar nicht als solches betrachtet wird? Wer die israelische Presse verfolgt, wird sich fragen, welches Tabu hier gebrochen wird, werden doch überaus kritisch politische Positionen der Regierung, Rechtsverletzungen, Fragen der Siedlungspolitik etc. diskutiert. Oder betrifft dieses Tabu nur deutsche Stimmen in dieser Diskussion? Wie kommt es also zu dem Drang (zufällig oder auffälliger Weise?) besonders älterer Protagonisten, ein – vermeintliches – Tabu brechen zu wollen?

## 2. Argumentationslinien

Die oben skizzierten Äußerungen stammen aus unterschiedlichen Kontexten und sprechen aus unterschiedlichen Perspektiven. Generell ist zu unterscheiden zwischen einer Perspektive der eigenen Betroffenheit, wie sie das sog. Kairos-Papier beinhaltet, und Perspektiven von außen, die aus dem deutschen bzw. US-amerikanischen Kontext stammen. Besonders in den deutschen Beiträgen, doch auch bei Braverman, geht es erklärtermaßen darum, ein Tabu, bzw. das – vermeintliche – Schweigen zu brechen.

### 2.1 Tabubrüche?

Tabus gibt es in jeder Gesellschaft, sie beziehen sich auf ganz unterschiedliche Bereiche des privaten und gesellschaftlichen Lebens und bezeichnen allgemein ausgedrückt etwas, worüber man nicht sprechen und wie man nicht handeln darf. Trotz der negativen Konnotation des Wortes haben sie eine Ordnung und Orientierung stiftende Funktion, sind allerdings je nach Gesellschaft und Kontext sehr verschieden.

Eine besondere Form von Tabus entstand in den 1990er Jahren in den USA und wird mit dem Begriff *political correctness* bezeichnet. Im Fokus standen hier im Gefolge der Neuen Sozialen Bewegungen die Rechte von Frauen sowie ethnischer und sozialer Minderheiten mit dem Ziel,



Diskriminierung abzubauen (Abmeier, 2012). Einerseits sollte es in einer freien Gesellschaft keine Beschränkung der Meinungs- und Diskursfreiheit geben, andererseits ist danach zu fragen, wo die Grenze liegt. Die Würde des Menschen, wie sie im Grundgesetz formuliert ist, bietet hier eine Orientierung. Man sollte also nichts sagen dürfen, was anderen Menschen das Recht auf eine Existenz in Würde abspricht. „Die Schranke der Meinungsfreiheit misst sich daran, wie sie einzelnen Menschen und Gruppen dient, Lebenschancen wahrzunehmen und ein menschenwürdiges Leben zu führen, und wann sie die Rechte anderer verletzt – sei es durch Herabwürdigung, öffentliche Bloßstellung, Demütigung oder durch (bewusste) Falschdarstellung“ (Abmeier, 2012). Werden Themen tabuisiert, häufig weil es schwerfällt, komplexe Zusammenhänge verständlich darzustellen, öffnet dies populistischem Denken Tür und Tor: Ein Beispiel bietet hierfür die Integrationsdebatte. Werden aus Sorge um die *political correctness* Probleme nicht benannt und angesprochen, so wird hierdurch selbsternannten Tabubrechern der Raum überlassen, wie unlängst Thilo Sarrazin, der sich zum Sprachrohr der Stimme des Volkes stilisieren konnte. Eine besondere Rolle kommt in diesen Debatten den Medien zu, die häufig Konflikte zuspitzen, um Aufmerksamkeit zu erzeugen (Abmeier, 2012). In diesem Zusammenhang sehen sich dann Politiker und Experten der Gefahr ausgesetzt, bei komplizierten Sachverhalten falsch verstanden zu werden, so dass sie eher schweigen. Es entsteht eine Schweigespirale, die eben aus der Komplexität der Sachverhalte resultiert.

Auch die deutsche Vergangenheit ist in unserer Gesellschaft ein Thema, mit dem Tabus in vielerlei Hinsicht und aus gutem Grund verbunden sind. Bestimmte Positionen zu vertreten, bestimmte Symbole zu zeigen oder Handlungen vorzunehmen, die sich aus dem Fundus der nationalsozialistischen Vergangenheit speisen, sind nicht nur ein Tabu, sondern stehen z.T. auch unter Strafe. Dieses Tabu liegt begründet in den zentralen Wertevorstellungen der Gesellschaft, die geschützt werden sollen und stützt die kollektive Identität (Mildenberger/Schröder, 2012). Auf jeden Fall gilt es hier in besonderer Weise zu bedenken, wie, was und an welchem Ort gesprochen wird.

In diesen Kontext gehört auch das Verhältnis zum Staat Israel. Die besondere Unterstützung des Staates Israel gehört in der Bundesrepublik Deutschland zur Staatsräson und ist aus gutem Grund nicht verhandelbar. Dies darf jedoch nicht bedeuten, dass Themenfelder ausgespart werden, wiewohl ein sorgfältiger und reflektierter Umgang geboten ist. Wird eine öffentliche Debatte blockiert, weil die Zusammenhänge zu komplex erscheinen, um sie im medialen Kontext angemessen darzustellen, so ist auch hier das Auftreten selbsternannter populistischer Tabubrecher vorprogrammiert.

Gerade diese komplexen Zusammenhänge sind es, die in den oben dargestellten Positionen nicht mehr berücksichtigt werden. Das Bedürfnis nach einfachen Antworten, nach einer klaren Entscheidung, wer Täter und wer Opfer in diesem Konflikt ist, bricht sich hier Bahn und bringt populistische Züge in der Argumentation hervor. Sie bedienen ein Bedürfnis nach Eindeutigkeit, die angesichts der Realität nicht zu haben ist, sie entlasten von den Mühen, sich mit komplizierten Sachverhalten auseinanderzusetzen. Scheinbar ist eine Lösung ganz einfach, wenn die als Täter identifizierte Partei sich nur entsprechend verhalten würde oder durch Druck dazu gebracht wird.

Beziehen wir diese sehr knapp gehaltenen Ausführungen auf die oben dargestellten Positionen, kommt ein weiterer Aspekt hinzu: Im politischen Diskurs spielt neben dem Tabubruch auch der – inszenierte – Tabuvorwurf eine eigene Rolle. War dies insbesondere eine Sache der intellektuellen Linken seit der Studentenbewegung, die sich damit gegen das Verschweigen der nationalsozialistischen Vergangenheit in den 50er und 60er Jahren wandten, so ist diese Strategie mittlerweile in allen politischen Lagern zu finden (Mildenberger/Schröder, 2012). Der Vorwurf des Tabus, das angeblich eine Denkhemmung erzeugt und für die Gesellschaft schädlich ist, entwickelt eine eigene Dynamik: Derjenige, der das Tabu bricht, erscheint als Aufklärer und Befreier.

Interessant für unseren Zusammenhang ist die Beobachtung, dass sich dieser Tabuvorwurf häufig auf Dinge richtet, die eigentlich gar nicht mit einem Tabu belegt sind. Entweder, weil es sich nicht um ein Tabu handelt, wie z.B. die Ablehnung jeder Form von Antisemitismus, was einen ganz normalen gesellschaftlich erreichten Standard beschreibt (Mildenberger/Schröder, 2012). Der andere Fall bezieht sich auf Zusammenhänge, Erkenntnisse und Tatbestände, die durchaus diskutiert werden, aber häufig in der – medialen – Öffentlichkeit nicht ausreichend wahrge-

nommen werden. Eine Kritik an der Politik der israelischen Regierung ist – anders als oftmals behauptet – nicht mit einem Tabu belegt. Die Folgen der israelischen Besatzung, der Siedlungspolitik, der Menschenrechtsverletzungen werden sowohl in Israel selbst als auch durch andere, auch deutsche, Stimmen kritisiert. Die Frage ist, warum immer wieder behauptet wird, dass genau dies nicht möglich sei. Werden damit andere, tiefer liegende tabuisierten Einstellungen möglicherweise zugedeckt?

## 2.2 Befreiungstheologie – und ihre blinden Flecken

Das Dokument der palästinensischen Christen soll hier gesondert bedacht werden, lässt sich doch hier sicher nicht von einem Tabubruch reden, wenn es um eine Kritik der israelischen Politik geht.

In dem Ausspielen von Universalismus vs. Partikularismus reproduziert das Papier eine lange christliche Tradition, bei der Israel jede theologische Relevanz abgesprochen wird. Dabei ist an diesen Darlegungen neu, dass hier kein einziges Mal Israel, seine Geschichte oder Aspekte seiner Geschichte benannt werden (Wengst, 2011).

Ein weiteres Spezifikum liegt allerdings darin, dass hier eine Theologie entfaltet wird, die deutlich befreiungstheologische Wurzeln hat. Allein schon in der Gliederung des Papiers findet sich der theologische Dreischritt „Sehen – Urteilen – Handeln“ wieder: Man beginnt mit einer Analyse der Situation, diese wird angesichts des Glaubens und der politischen Situation reflektiert und endet mit Appellen und Vorschlägen für konkretes Handeln.

Diese Theologie zeigt jedoch auch die für manche Befreiungstheologien übliche Blindheit gegenüber dem jüdischen Volk, auch wenn es dafür gerade in diesem Kontext im Unterschied zu anderen Teilen der Welt erklärbare Gründe geben mag.

Bis in die 1990er Jahre war der christlich-jüdische Dialog für die allermeisten Befreiungstheologen kein Thema. Diese Blindheit, um nicht zu sagen dieser Antijudaismus, der gerade in den frühen Befreiungstheologien weit verbreitet war, hat theologische, aber sicher auch politische Ursachen. So finden sich häufig im Kontext linker antikolonialer Bewegungen, mit denen viele Befreiungstheologen in den Ländern des Südens sich solidarisierten, antizionistische Argumente. Der Zionismus wird als eine Spielart des Rassismus gesehen, was auch in offiziellen Dokumenten wie der UN-Resolution 3379 aus dem Jahr 1975 so formuliert wird. Dass palästinensische Christen aufgrund der eigenen Betroffenheit noch einmal ganz besondere Probleme damit haben, eine Theologie nachzuvollziehen, die sich im christlich-jüdischen Gespräch entwickelt hat, ist zwar verständlich, stellt jedoch eine besondere Herausforderung dar. Diese Sicht ist einerseits der historischen und politischen Situation geschuldet, hat aber auch etwas mit der befreiungstheologischen Methode bei der Exegese von Bibeltexten zu tun. Diese soll in Grundzügen kurz skizziert werden.

Zu den Grundsätzen befreiungstheologischer Bibellektüre gehört die Auslegung der Bibel durch die Armen selbst, wobei der Begriff der Armen oder auch des Volkes keine allein materielle Kategorie beschreibt, sondern unterschiedliche Gruppen meint, die marginalisiert, diskriminiert oder unterdrückt sind. Sie sind die ersten Adressaten der biblischen Befreiungsbotschaft, die sich in der Hebräischen Bibel vorrangig im Exodusmotiv und der prophetischen Tradition zeigt, im Neuen Testament u.a. auch in Texten wie dem Magnifikat. Dabei wird die historisch-kritische Methode zugunsten einer kreativen und auf die eigene Situation bezogene Aneignung zurückgestellt. Dies führt u.a. zu einer (vor)schnellen Identifikation mit dem Volk Gottes, was in der Konsequenz gegenüber dem Judentum auf eine Enterbungstheologie hinauslaufen kann. Auch dies ist in dem palästinensischen Dokument implizit u.a. in der Universalisierung der Landverheißung angelegt.

Auf neutestamentliche Texte bezogen finden sich gerade in der älteren lateinamerikanischen Befreiungstheologien Auslegungen, die einen scharfen Gegensatz zwischen Jesus, den Sadduzäern und Pharisäern ausmachen, die als Repräsentanten eines tödlichen Religionssystems gesehen werden. Die Hauptvertreter des Judentums werden mit den Vertretern der ‚nationalen Sicherheit‘ in den lateinamerikanischen Militärdiktaturen gleichgesetzt.<sup>2</sup> Jesus wird als derjenige gesehen, der die Armen von einem starren und Leben vernichtenden Regelwerk befreit, dieses

---

<sup>2</sup> So z.B. Carlos Mesters, Vom Leben zur Bibel, von der Bibel zum Leben, Mainz 1983.

durch Liebe überwindet und der sich dem religiösen Establishment entgegenstellt. Dabei wird dem historischen Jesus der Vorrang vor dem geglaubten Christus gegeben (Lois, 1995, S. 220ff), wobei sich natürlich die Frage stellt, mit welchen Projektionen dieser historische Jesus gezeichnet wird.

Die westliche Theologie wird scharf kritisiert, und es wird bereits 1975 eine „Befreiung der Theologie“ (Juan Luis Segundo) gefordert – eine Formulierung, die sich auch im palästinensischen Kairos-Papier findet.

Diese Kritik richtet sich zum einen gegen die Methode, wie z.B. die Konzentration auf die historisch-kritische Exegese, aber auch gegen eine Spiritualisierung von Theologie, die von den gesellschaftlichen Verhältnissen absieht, damit Unterdrückung und Ungerechtigkeit hinnimmt und so System stabilisierend wirkt.

Hinzu kommt in diesem Fall, dass sich diese Form der Befreiungstheologie explizit und konkret gegen Israel wendet, während es sich in der lateinamerikanischen Variante nicht um ein konkretes jüdisches Gegenüber handelte, das als Feind angesehen wurde.

Ein befreiungstheologischer Ansatz, der eine Bibelauslegung auf die eigene Situation bezieht, muss jedoch nicht zwingend zu diesen Ergebnissen führen. Eine aktualisierende Lesart der Schrift teilt sogar viel mit rabbinischer Hermeneutik. Deshalb ist eher zu fragen, ob nicht die Ergebnisse des christlich-jüdischen Gesprächs bisher viel zu wenig mit befreiungstheologischen Ansätzen ins Gespräch gebracht worden sind.

Vor diesen in aller Kürze dargestellten Grundmustern eines befreiungstheologischen Ansatzes stehen wir vor zwei Herausforderungen:

1. Aus dem Kontext von Leid und Unterdrückung der palästinensischen Christen heraus werden wir mit der Anfrage konfrontiert, inwieweit unsere Theologie die dort benannten ungerechten Verhältnisse rechtfertigt und stabilisiert. Diese Anfrage ist verständlich und legitim. Hier geht es darum kritisch zu reflektieren, inwieweit unser eigener Kontext und die sich daraus entwickelnde Theologie, insbesondere im Rahmen des christlich-jüdischen Gesprächs, unseren Blick für die Situation palästinensischer Christen verstellen kann oder wir diese nur unzureichend wahrnehmen.

Es muss jedoch auch darum gehen zu hinterfragen, inwieweit eine Situationsbeschreibung, die allein in der israelischen Besatzung die Ursache allen Leidens sieht, der Realität gerecht wird. Sowohl das Verhalten der arabischen Nachbarstaaten, sei es gegenüber den palästinensischen Flüchtlingen, oder auch in ihrer Politik der Nichtanerkennung gegenüber Israel als auch innerpalästinensische Spaltungen und Defizite haben Anteil an der Situation. Eine monokausale und unkritische Sicht, die allein die Opferperspektive einnimmt, beschneidet zudem die eigenen Handlungsmöglichkeiten.

2. Für uns stellen die zentralen Einsichten des jüdisch-christlichen Gesprächs einen Paradigmenwechsel in der Theologie dar und sind nicht ein bloßer Reflex auf die Schuld, die Christen in Deutschland und Europa auf sich geladen haben. Deshalb sollten diese Einsichten auch im palästinensischen Kontext zu vermitteln sein und fruchtbar gemacht werden können.

Grundlegend für eine Theologie vor dem Hintergrund des christlich-jüdischen Gesprächs ist die Einsicht, dass die Treue Gottes zu seinem Volk und zu seinen Verheißungen konstitutiv für unser Vertrauen darauf ist, dass Gott auch in seinen Verheißungen an uns treu ist. Als Christen aus den Völkern sind wir durch den Glauben an Jesus Christus, als dem Messias Israels, in den Bund Gottes mit Israel hineingenommen. Nur darüber haben wir Anteil an Gottes Befreiungshandeln in seiner Welt. Diese Einsicht erfordert aber auch eine klare und unaufgebbare Unterscheidung zwischen dem Volk Gottes und uns aus den Völkern.

Wie genau ist dieses Verhältnis zu bestimmen und was bedeutet dies für unser Verständnis der Hebräischen Bibel?

Eine mögliche Antwort findet sich im Ansatz von Jürgen Ebach, der einen Perspektivenwechsel vornimmt, indem er unsere Rolle mit der Aufforderung beschreibt: „Hören auf das, was Israel gesagt ist – hören auf das, was in Israel gesagt ist (EvTh 62, 2002). Die klare Unterscheidung von Israel als dem Volk Gottes einerseits und den Völkern andererseits führt dazu, dass im Raum des AT ein anderer Standort eingenommen wird. Dieser Ort ist dadurch bestimmt, dass die Völker die

Gebote, die Israel gesagt sind, hören können und auch an Ihnen Anteil bekommen können.<sup>3</sup> Israel ist der Adressat dieser Worte, wir aber sollen zuhören, ohne Israel seinen besonderen Platz streitig zu machen. Ich „nehme den Ort ein, den die an Israel adressierten Texte mir als einem Menschen aus den Völkern einräumen.“ (Ebach, 2002, S. 48)

Die Unterscheidung von Volk Israel und den Völkern verhindert so eine Enterbung Israels und eine vorschnelle Ineinssetzung der Kirche mit dem Volk Gottes, eine Vorstellung zudem, die auch im Neuen Testament kaum zu finden ist und erst in der altkirchlichen Tradition forciert wurde. Mit großer Selbstverständlichkeit haben Christen sich in ihrer Lektüre des AT mit Israel identifiziert und eben nicht mit den Völkern, was durch die Übersetzung Luthers mit dem pejorativen Begriff der „Heiden“ noch zusätzlich erschwert wurde.

Der biblische Befund im Alten Testament zeigt darüber hinaus, „dass der Bund Gottes mit Israel und auch die verwandte Vorstellung der Erwählung Israels nicht allein auf eine Sonderstellung Israels zielen lassen, sondern in denen diese Sonderstellung eine Funktion für das Heil der anderen Völker hat.“ (Crüsemann, 2012, S. 203). So ist in der Schrift eine doppelte Perspektive sichtbar: Die universale, auf die ganze Menschheit bezogene, die sich bereits im Schöpfungsbericht eröffnet, wie die partikulare, auf Israel bezogene. Beide stehen jedoch in einer engen Relation, die universale Perspektive ist in die partikulare eingeschrieben (Ebach, 2002, S. 47). Mit der eschatologischen Vision der Völkerwallfahrt zum Zion (Jes 2/ Mi 4) wird den Völkern versprochen, Anteil zu erhalten an der Beziehung zum Gott Israels und von seinen Weisungen zu lernen. Ein Verständnis des Neuen Testaments, wie es in dem Dokument zum Ausdruck kommt, entzieht uns die Grundlage, die Verkündigung Jesu und damit auch das Neue Testament angemessen zu verstehen. Das Neue Testament spricht nicht aus sich heraus, sondern ist untrennbar auf die Schrift bezogen. Diese Einsicht, die wir im Rahmen des christlich-jüdischen Gesprächs gewonnen haben, wird in der Formulierung deutlich, dass das Alte Testament der Wahrheitsraum des Neuen ist (Crüsemann, 2012).

### 3. Politischer Kontext

#### 3.1 Der israelisch-arabische Konflikt

Die Geschichte des Nahost-Konflikts kann an dieser Stelle nicht dargestellt werden.<sup>4</sup> Vielmehr geht es hier um die gegenwärtige Situation. Diese ist mit dem Begriff des Stillstands nur insofern zutreffend beschrieben, wie er sich auf eine immer noch ausstehende Implementierung der in Oslo ausgehandelten Zwei-Staaten-Lösung bezieht. Die Zustimmung zu einem palästinensischen Staat stand für die PLO am Ende eines langen Weges, bedeutete sie doch auch die Anerkennung Israels, die allerdings in der Unabhängigkeitserklärung von 1988 bereits implizit formuliert war. Hiermit verband sich eine zunehmende Abwendung vom bewaffneten Kampf hin zu politischen Lösungen (Sterzing, 2011, S. 14).

Die Entwicklung der letzten Jahre kann nur als eine zunehmende Entfernung von einer friedlichen Lösung beschrieben werden. De facto sind in den letzten Jahren von israelischer Seite mit dem Bau von immer neuen, z.T. auch gegen Gerichtsbeschlüsse geduldeten Siedlungen im Westjordanland weitere Fakten geschaffen worden, die ein Ende der Besatzung in immer weitere Ferne rücken lassen. Der Mauerbau und auch der Bau des Zaunes an der ägyptischen Grenze sind eine Reaktion auf die Selbstmordattentate, wodurch vielen zivile Opfer zu beklagen waren und auch das öffentliche Leben in Israel insgesamt massiv beeinträchtigt wurde. Dabei verläuft die Mauer zum Teil widerrechtlich auf palästinensischem Gebiet, hindert Palästinenser am Zugang zu ihrem Land und erschwert ihre Bewegungsmöglichkeiten. War der Mauerbau im Hinblick auf eine Abnahme der Attentate durchaus erfolgreich, so werden hiermit doch andererseits die Ursachen für die Gewalt nicht behoben, sondern es wird ein Status Quo festgeschrieben, wenn

---

<sup>3</sup> Jürgen Ebach zeigt den Zusammenhang zwischen Universalismus und Partikularismus anhand einer Diskussion aus dem Traktat Sukka (55b) des Babylonischen Talmuds („70 Völker“), nachzulesen in: Ebach, 2002, S. 44ff.

<sup>4</sup> Eine gut zu lesende und fundierte Einführung, die auch auf die aktuellen innerisraelischen Debatten Bezug nimmt, bietet z.B. John Bunzl, Israel im Nahen Osten, Wien/Köln/Weimar 2008.

nicht sogar eine Zunahme der Frustration und Verbitterung auf palästinensischer Seite noch vorangetrieben.

Gleichzeitig haben sich auf Seiten der Palästinenser seit den letzten Wahlen im Jahr 2006 die Spaltungen weiter vertieft. Die Hamas, die als Sieger daraus hervorging, wurde international isoliert, weil sie weiterhin das Existenzrecht Israels nicht anerkennt. Dabei ist der ideologische Unterschied zwischen beiden Gruppen wohl nicht so grundsätzlich wie oft angenommen. Unzweifelhaft ist die Hamas eine islamistische Organisation und eine Islamisierung des öffentlichen Lebens ist eines ihrer langfristigen Ziele. Trotzdem sind – wie bei den Muslimbrüdern in anderen arabischen Ländern auch – ein pluralistischer Zugang zum Islam und eine weitgefaste Interpretation des islamischen Rechts zu beobachten. Andererseits bezieht sich auch die Fatah stark auf religiöse Symbole. So findet sich z.B. im palästinensischen Grundgesetz von 2002 ein Bezug auf die Scharia als (eine) Quelle der Gesetzgebung (Abdel Shafi, 2011, S. 111), während die Hamas zunehmend politisch argumentiert. Bei der Frage, welche Rolle der Islam spielen soll, unterscheiden sich beide Gruppen in Schwerpunktsetzungen, jedoch nicht grundsätzlich.

Palästinensische Christen werden von beiden Gruppierungen offiziell als legitimer Teil der Gesellschaft anerkannt und ihnen wird eine wichtige Rolle im gesellschaftlichen Leben eingeräumt (Brown, 2011, S. 259). Es steht zu befürchten, dass sich in der Realität eine zunehmende Islamisierung des öffentlichen Lebens sehr negativ für christliche Palästinenser auswirkt. Letztendlich geht es bei der Auseinandersetzung zwischen Hamas und Fatah jedoch vorrangig um die Kontrolle über nationalistische und religiöse Symbole sowie über Institutionen, Macht und Geld (Brown, 2011, S. 256).

Mit der zweiten Intifada, den Selbstmordattentaten und den Raketenangriffen auf Israel, die sich gegen die israelische Zivilbevölkerung richteten und schließlich zu dem Kriegseinsatz 2008/2009 im Gazastreifen führten, nahm die Konfrontation eine neue Qualität an. Von den westlichen Medien wenig wahrgenommen, gab es in diesem Rahmen auch zahlreiche Aktionen zivilen Widerstandes, während vorrangig über Anschläge und Raketenbeschuss berichtet wurde. Durch die Strategie der Gewalt, die die Hamas und ihr militärischer Flügel, die Qassem-Brigaden, verfolgte, wurde die Weltöffentlichkeit zwar wieder auf die Situation der Palästinenser aufmerksam, gleichzeitig gewann dadurch in Israel ein sicherheitspolitisches Denken das Übergewicht, deren Umsetzung eher den rechten Kräften zugetraut wurde.

Mittlerweile ist die politische Landschaft in Israel mehrheitlich rechts orientiert, wobei einige religiöse Parteien, die die Sache der Siedler vertreten, eine Schlüsselrolle spielen. Linke und liberale Kräfte, die sich für ein Ende der Besatzung aussprechen, gegen Menschenrechtsverletzungen protestieren und Wege des Dialogs beschreiten, sind in einer deutlichen Minderheitenposition und finden kaum Gehör. Die Hamas, die das Elend im Gazastreifen verwaltet und weiterhin ihre islamistische Agenda verfolgt, sieht sich mit inneren Auseinandersetzungen konfrontiert, die zu Abspaltungen und fehlender Kontrolle führen. Gegenüber der Fatah werden seit vielen Jahren Vorwürfe der Korruption und politischer Ineffektivität erhoben, die in der wirtschaftlichen Krise zunehmend lauter werden. Zwar konnte durch hohe ausländische Zuwendungen seit 2007 ein wirtschaftlicher Aufschwung in Gang gesetzt werden, der allerdings nicht nachhaltig zu sein scheint und unter den Bedingungen der Besatzungen auch nicht sein kann. Die volle Kontrolle hat die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) nur in den sog. A-Gebieten, was die großen Städte und ca. 18% der Westbank umfasst. In den B-Gebieten behält Israel sich die Kontrolle in Sicherheitsfragen vor und die C-Gebieten, ca. 62% der Westbank, stehen vollständig unter israelischer Kontrolle (Wildnagel, 2012a). Die intensive Nutzung dieses Landes und seiner Ressourcen kommen jedoch nur begrenzt der israelischen Wirtschaft zugute, sind die Kosten der Besatzung und die auch auf das Wirtschaftsleben insgesamt negativen Auswirkungen größer als der Nutzen. Der Gazastreifen ist seit 2007 aufgrund der Totalblockade vollkommen von der Westbank abgeschnitten.

Die gesamte Zollhoheit und die komplette Kontrolle der palästinensischen Außenwirtschaft liegen in israelischer Hand. Israel erhebt die Steuern, und benutzt die Weiterleitung bzw. Zurückhaltung als politisches Druckmittel (Wildnagel 2012a).

Die PA, mit Geldern internationaler Geber am Leben gehalten um vorstaatliche Strukturen aufzubauen, leidet zunehmend unter einem Legitimationsverlust, wird sie von vielen doch als Erfül-

lungsgelhilfe der israelischen Besatzungsmacht gesehen, die ihrerseits nun etliche Aufgabe an die PA abgeben konnte.

Selbst wenn es zu einer Implementierung der Beschlüsse von Oslo käme, auf der alle weiteren Friedensinitiativen aufbauen, stellt sich die Frage, wie dieser Staat, der ca. 20% des ehemaligen Mandatsgebietes umfasst, überleben soll, setzt sich seine Fläche doch weitgehend aus vielen kleinen, miteinander unverbundenen Gebieten zusammen.

Insgesamt scheint die israelische Regierung für eine Umsetzung der Beschlüsse von Oslo keinen Anlass zu sehen, ist der schon lange bestehende Status Quo der Besatzung erprobt und besser kontrollierbar. Die Siedlungspolitik im Westjordanland und in Ostjerusalem, wo allein 200.000 Siedler<sup>5</sup> leben (Wildnagel, 2012a), sowie weitere Landannektierungen schreiten unter diesen Bedingungen weiter fort. Innerisraelische Konflikte, die mit einer Räumung der Siedlungen unweigerlich aufbrechen, können so umgangen werden. Es gibt also kaum Anreize für die israelische Regierung, wirklich mit einer Umsetzung der Oslo-Beschlüsse zu beginnen und den nun seit fast 20 Jahren bestehenden „Übergangszeitraum“ zu beenden. Die derzeitige israelische Regierung verweigert anders als die Vorgängerregierung jegliche Gespräche mit der palästinensischen Führung.

#### *Die Flüchtlingsfrage*

Insgesamt sind 4,7 Mio. Flüchtlinge offiziell registriert, davon leben 1,4 Mio. in anerkannten Flüchtlingslagern, die Hälfte von ihnen seit mehr als 60 Jahren. Der größte Teil der Flüchtlinge lebt auf der Westbank (788.000), oder im Gazastreifen (1,12 Mio.) (Sterzing, 2011, S. 35f). Die Situation palästinensischer Flüchtlingen in den Nachbarländern ist sehr unterschiedlich. So stellen Palästinenser ca. 40 % der Bevölkerung in Jordanien und sind weitgehend integriert. Wie auch in Syrien verfügen sie über eine Art von Staatsbürgerschaft. Im Unterschied dazu leben die Flüchtlinge im Libanon in Lagern, sie haben keinen klaren rechtlichen Status, ihre soziale Lage ist von Armut und Perspektivlosigkeit geprägt und sie sind weitreichenden Restriktionen in vielen Lebensbereichen ausgesetzt (Ging, 2011, S. 337).

Die Möglichkeit einer Rückkehr ist mit vielen Fragezeichen verbunden. Zum einen ist ungeklärt, wohin die Flüchtlinge denn zurückkehren sollen, wenn es die Häuser, in denen sie lebten, nicht mehr gibt, wenn Orte sich verändert haben und nun zu Israel gehören. Deshalb geht es bei dieser Debatte nicht um die Rückkehr als solche, sondern um Wiedergutmachung, oder anders: um Schuld und Schulden. Das zeigt sich auch daran, dass von israelischer Seite im Gegenzug die Frage einer Entschädigung für orientalische Juden thematisiert wird, die nach dem Krieg 1948 aus ihren Heimatländern geflohen sind. So sind in den bisherigen Friedensverhandlungen Fragen einer möglichen Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge ausgespart worden. Erst recht nicht ist eine Entschädigung thematisiert worden. Eine Beschäftigung mit diesen Fragen wird zeitlich und sachlich einer Staatsgründung nachgeordnet. Grundsätzlich gehören die palästinensischen Flüchtlinge zu der schwächsten und am meisten vernachlässigten Gruppe in dem Konflikt. Langfristig ist allerdings klar, dass es nicht zu einer befriedigenden Lösung des Konflikts kommen kann, wenn nicht auch diese Frage geklärt wird.

#### *Kollektive Narrative*

Sozialpsychologisch gesehen ist einer der größten Hindernisse für ein friedliches Zusammenleben die jeweilige Geschichte von Juden und Palästinensern, die von je spezifischen Traumata geprägt sind. Hier ist allerdings deutlich zu unterscheiden: Für den Holocaust sind die Palästinenser nicht verantwortlich, während für die Nakba („Katastrophe“ oder „Heimsuchung“ auf Arabisch, womit die Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung nach dem Krieg von 1947 bezeichnet wird) Israel die Verantwortung trägt.

Sowohl der Holocaust, als auch die Nakba bestimmen die kollektiven Narrative, politisches Denken und Handeln und die Wahrnehmung des anderen (Sterzing, 2011, S. 30f). Damit verbunden ist eine Selbstwahrnehmung als Opfer, bei gleichzeitiger Nichtanerkennung der Leiderfahrung der jeweils anderen Gruppe. Der große palästinensische Intellektuelle Edward Said forderte bereits vor etlichen Jahren die arabische Welt und insbesondere die Palästinenser dazu auf, endlich

---

<sup>5</sup> Die Siedler stammen fast ausschließlich aus den USA und in geringerer Zahl aus Europa.

den Holocaust und die damit verbundenen Leiderfahrungen des jüdischen Volkes anzuerkennen. Doch auch in Israel gibt es seit vielen Jahren Wissenschaftler, die sich mit der palästinensischen Geschichte von Flucht und Vertreibung befassen. In beiden Lagern gibt es Menschen, die z.T. trotz massiver Anfeindungen auch die ideologische Funktionalisierung dieser Erfahrungen auf beiden Seiten kritisieren und manchen Mythos entzauberten. Doch aus der Angst heraus, dass das eigene Leid relativiert wird oder Ansprüche daraus abgeleitet werden könnten, reagieren viele Menschen in Israel und Palästina mit großen Widerständen auf die Forderung das Leid des anderen anzuerkennen. In Bezug auf die Nakba kommt erschwerend hinzu, dass es am Ende auch um die Anerkennung von materiell-politischen Rechten geht, also um Land als dinglichem Recht und allem, was sich daraus ableitet. Trotz dieser Hindernisse ist die Anerkennung des Leids der anderen ein unverzichtbarer Schritt zu einer wirklichen Aussöhnung und einer gemeinsamen Zukunft. Dabei kann es nicht darum gehen, in einen Wettstreit um das qualitativ oder quantitativ größere Leiden einzutreten, sicher auch nicht um eine Relativierung des Holocaust, sondern es geht um eine empathische Haltung, die Geschehenes nicht mehr verleugnen und verdrängen oder totschweigen muss.

### 3.2 Die Umbrüche in der arabischen Welt

Nach der Initialzündung der Protestbewegung in Tunesien und dem schnellen Sturz Ben Alis sahen sich in fast allen arabischen Ländern die Regime ähnlichen Bewegungen gegenüber, reagierten darauf allerdings durchaus unterschiedlich. Bei aller Verschiedenheit liegt die Gemeinsamkeit der Proteste darin, dass sie soziale, wirtschaftliche und politische Anliegen verbinden. Letztere bezogen sich in der Regel auf die Ablösung autoritärer Herrscher, die z.T. seit Jahrzehnten an der Macht waren. Der Demokratisierung Ägyptens und Tunesiens kommt in der Region eine Schlüsselstellung zu, da sie auf die anderen Länder eine große Ausstrahlung haben (Asseburg, 2011a, S. 6).

Die Entwicklungen in den einzelnen Ländern haben gezeigt, dass die Alternative zwischen Autoritarismus und Islamismus so nicht besteht. Islamistische Kräfte sind zwar weitgehend in die neuen Machtstrukturen eingebunden, was jedoch in diesem Spektrum zu Programmdebatten und politischen Aufspaltungen führen wird.

Die Forderungen der Zivilgesellschaft nach Demokratisierung widerlegt ein verallgemeinerndes kulturalistisches Argument, wonach Islam und Demokratie unvereinbar sind. Inwieweit diese gesellschaftlichen Gruppen allerdings stark genug sind, eine wirkliche Demokratisierung einzufordern, ist offen.

Wenn auch mit der Ablösung der alten Machthaber und ihrer Apparate eine Zäsur stattgefunden hat, so ist das Ende dieses Prozesses noch nicht abzusehen. Es ist sehr wahrscheinlich, dass es Jahre dauern wird, bis Phasen der Instabilität überwunden sind. Möglich sind auch der Zerfall von Staaten oder die Separation einzelner ethnisch-religiöser Gruppen, insbesondere dort, wo die Bevölkerung – anders als in Ägypten und Tunesien – ethnisch und religiös heterogen ist.

In Hinblick auf den israelisch-arabischen Konflikt wird diese Entwicklung auf kürzere Sicht einem Friedensschluss wenig zuträglich sein.

Ein Grund liegt darin, dass Israel kalkulierbare Größen in den Nachbarstaaten verloren hat: Die neue ägyptische Außenpolitik orientiert sich weniger an Vorgaben der USA und nimmt größere Rücksicht auf die öffentliche Meinung. Dies zeigt sich u.a. an der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Teheran und der Vermittlerrolle der ägyptischen Regierung bei einer Versöhnung zwischen Hamas und Fatah im Mai 2011. Diesem Übereinkommen, dessen Tragfähigkeit unterschiedlich beurteilt wird, gingen Demonstrationen in den palästinensischen Gebieten voraus, bei denen eine Überwindung der Spaltung gefordert wurde (Asseburg, 2011b). Andererseits gibt es von ägyptischer Seite keine größere Rücksichtnahme auf die Interessen der Hamas.

Für Israel sind diese Entwicklungen mit größerer Unsicherheit verbunden, auch wenn alle relevanten politischen Kräfte in Ägypten den Friedensvertrag mit Israel stellen. Hinzu kommt die Abkühlung im Verhältnis zur Türkei, mit der bis dahin engste Beziehungen bestanden.

Ein weiterer Unsicherheitsfaktor entsteht durch die Entwicklung in Syrien. Zwar baute Syrien seine Allianz mit dem Iran in den letzten Jahren aus, unterstützte Hamas und Hisbollah, war doch ein kalkulierbarer Nachbar, was die Sicherheit der Grenze betraf. Dies führte u.a. zur Kooperati-

on bei Exporten, die über die Golanhöhen gingen (Asseburg, a.a.O.). Schwindende Sicherheit der Grenzen insgesamt wird bei einer regionalen Destabilisierung für Israel eine Schwierigkeit darstellen.

Insgesamt ist Israel in der Region stärker als vorher isoliert, auch wenn international gute Beziehungen nicht nur zu den USA und der EU bestehen, sondern auch zu Russland, den GUS-Staaten, China und Indien. Die regionale Situation verstärkt innenpolitisch ein Wagenburgdenken, das sich praktisch in einem Ausbau der militärischen Überlegenheit niederschlägt. Auch in der Breite der Gesellschaft scheint die Friedensfrage kein Thema zu sein. Die sozialen Proteste im letzten Jahr, die nie gesehene Ausmaße annahmen, bezogen sich allein auf die katastrophale soziale Situation in Israel und die zunehmende Verarmung weiter Teile der Bevölkerung, stellten jedoch keinen Bezug zu den Kosten der Besatzung her (Asseburg, a.a.O.)

Ein dritter Faktor, der hier genannt werden sollte, ist der, dass die USA derzeit keinerlei Politik zur Durchsetzung der Zwei-Staaten-Lösung betreiben. Aktiv in diesem Prozess, ist zwar das sog. Nahost-Quartett (bestehend aus den USA, der EU, der UN und Russland), jedoch mit geringer Einflussmöglichkeit auf Israel.

Ein weiterer Unsicherheitsfaktor ist die Entwicklung bei den Palästinensern selbst. Es wird darüber spekuliert, ob dort ähnliche Proteste wie in anderen arabischen Ländern zu erwarten sind, wenn sich die wirtschaftliche Lage weiter verschlechtert und dies der Palästinensischen Autonomiebehörde angelastet wird oder diese nur noch als Erfüllungsgehilfe der israelischen Besatzungspolitik wahrgenommen wird. Dies verschärft das Risiko einer dritten Intifada.

In weiten Teilen der Bevölkerung ist eine wachsende Ablehnung gegen das in Oslo ausgehandelte Zwei-Staaten-Modell zu verzeichnen. Aus intellektuellen Kreisen werden Stimmen laut, die längst eine Zwei-Staaten-Lösung für obsolet halten und Modelle in die Diskussion bringen, die von einem Staat mit zwei Regierungen und getrennten Zuständigkeiten ausgehen (Nusseibeh, 2012). So unrealistisch und marginal diese Modelle heute auch scheinen mögen, so nahe sind sie doch insofern an der Realität, als dass das Leben von Israelis und Palästinensern auf der alltäglichen und wirtschaftlichen Ebene zum Teil wesentlicher verquickter ist, als der Konflikt glauben macht.

Jüngste Proteste der Palästinenser im September 2012 richteten sich in erster Linie gegen Steuererhöhungen und enorme Preissteigerungen, verursacht durch hohe Benzinpreise in Israel. Es ist jedoch durchaus denkbar, dass sie sich bald auch gegen die zunehmend autoritäre Politik der PA richten und Korruptionsvorwürfe aufgreifen, die schon seit langem immer wieder laut werden. Die demokratische Legitimation bröckelt ebenso: Die letzten freien Wahlen waren 2006, der Legislativrat, das Quasi-Parlament, ist seit 2007 nicht mehr zusammengetreten, mehrere Parlamentarier sitzen noch ohne Anklage in israelischen Gefängnissen (Wildnagel, 2012a).

Am 20. Oktober 2012 wurden aktuell in der Westbank Kommunalwahlen durchgeführt, bei denen immerhin eine Wahlbeteiligung von fast 55 % erreicht wurde. Wahlbeobachter bescheinigten ein korrektes Verfahren, auch wenn es etliche Wahlbezirke gab, in denen nur eine Liste vorlag oder überhaupt nicht gewählt werden konnte. Eine schwindende Legitimation der etablierten politischen Kräfte zeigte sich auch daran, dass zunehmend unabhängige Kandidaten antraten (Wildnagel 2012b). Die Hamas in Gaza führte jedoch keine Wahlen durch und boykottierte das Verfahren.

Sieht die kurzfristige Analyse insgesamt eher düster aus, was eine baldige Lösung betrifft, so liegt langfristig in den Umbrüchen in der arabischen Welt und möglicherweise auch in Palästina durchaus die Chance, dass es zu einem Frieden kommen kann, der nicht allein von den Regierungen ausgehandelt, sondern von der Gesellschaft getragen wird. Dazu wird es darauf ankommen, dass Prozesse der Demokratisierung voranschreiten, es Chancen auf Bildung, soziale Sicherheit und wirtschaftliche Entwicklung gibt. Hierfür werden die arabischen Länder auf Unterstützung aus Europa und den USA angewiesen sein.

### 3.3 Kriegsgefahr Iran

Noch viel weniger als der Nahost-Konflikt kann der Konflikt zwischen der israelischen und der iranischen Regierung auf die beiden Konfliktparteien beschränkt werden. Eine besondere Rolle spielen auch hier die USA und verschiedene regionale Akteure



### *Zur völkerrechtlichen und ethischen Legitimation eines Angriffs auf den Iran und seiner strategischen Rationalität*

Präventive Angriffe gegen die nukleare Infrastruktur potentieller Gegner sind fester Bestandteil des sicherheitspolitischen Denkens, sowohl in den USA als auch in Israel. In der Vergangenheit haben beide Länder wiederholt solche Angriffe durchgeführt. So zerstörte Israel 1981 einen irakischen Atomreaktor, in der Folge beschleunigte sich das irakische Atomprogramm, 2007 wurde ein syrischer Nuklearreaktor zerstört. In beiden Fällen handelte es sich um präventive bzw. antizipatorische Verteidigung, weil es nicht darum ging, einem unmittelbar bevorstehenden Angriff zuvorzukommen, sondern eine möglichen spätere Bedrohung vorsorglich auszuschalten. Diese Position nimmt Israel auch gegenüber dem iranischen Atomprogramm ein (Rudolf, 2012, S. 7f).

Im Unterschied zu Israel sieht die Obama-Administration die „rote Linie“ in Bezug auf den Iran im Bau einer Atombombe und nicht in der Fähigkeit, solch eine zu produzieren. Deshalb zielt die gegenwärtige amerikanische Politik darauf ab, Israel davon zu überzeugen, dass noch Zeit bleibt. Offensichtlich haben die USA die Hoffnung auf eine diplomatische Lösung noch nicht aufgegeben. Gleichzeitig ist die Drohkulisse eines Militärschlages aufgebaut worden, die die Handlungsspielräume einschränkt.

In Israel verläuft die Diskussion anders. Hier ist von einer „Zone der Immunität“ die Rede, die dann durchbrochen ist, sobald der Iran eine Bombe bauen kann. Sobald dies geschehen ist, kann ein israelischer Militärschlag dann auch die weiteren Schritte nicht mehr verhindern. Dieses Stadium soll angeblich im Jahr 2012 erreicht sein (Rudolf, 2012, S. 11f).

Präventive Militäreinsätze dieser Art sind völkerrechtlich nicht legitim und verstoßen gegen Art. 2 (4) der Genfer Konvention. Dies ist zumindest im kontinental-europäischen Denken weitgehender Kon-sens. Auf der anderen Seite gibt es Positionen, die das generelle Gewaltverbot in Frage stellen und das Recht von Präventionskriegen zur Selbstverteidigung anführen. In Großbritannien und den USA haben sich aufgrund unterschiedlicher Rechtstraditionen andere rechtliche Bewertungen ergeben. Die Rechtsentwicklung geschieht dort eher anhand von Präzedenzfällen und wird weniger systematisch-normativ betrieben. Das führt u.a. dazu, dass offen und bewusst politische und normative Entscheidungen in ein Urteil einfließen. In den USA sind zudem normative und politische Gesichtspunkte eng mit dem sicherheitspolitischen hegemonialen Denken verbunden. Militärische Interventionen werden selbstverständlich als ein außenpolitisches Instrument angesehen. Nach den Anschlägen des 11. September, bei denen die USA attackiert wurden, werden diese als legitime Verteidigung angesehen. Dies drückt sich u.a. aus in der Definition von „Schurkenstaaten“ unter der Bush-Administration (Rudolf, 2012, S. 21).

Wenn also in der Auslegung des Völkerrechts diese Spannweite existiert und Eindeutigkeit auch hier nur schwer zu haben und noch schwieriger durchzusetzen ist, so muss nach den ethischen und moralischen Kriterien eines Präventivangriffs gefragt werden. Dies führt letztlich in die Tradition des *bellum iustum*, die auf Augustin und Thomas von Aquin zurückgeht. Auch wenn es angesichts des modernen Völkerrechts nicht mehr um die klassische Diskussion eines „gerechten“ Krieges geht, so rekurren sowohl die friedensethische als auch die philosophische Debatte bei der Frage nach der Rechtfertigung eines militärischen Einsatzes insofern auf diese Tradition, als es um Kriterien für eine militärische Intervention geht (Rudolf, 2012, S. 24).

Die katholische Kirche und die evangelischen Kirchen in Deutschland haben sich hier klar positioniert: Ein militärischer Einsatz ist ein schwerwiegendes Übel und nur zu rechtfertigen, wenn damit eine humanitäre Katastrophe oder ein Völkermord verhindert werden soll oder wenn die politische Souveränität oder territoriale Integrität eines Staates bedroht ist. Präventivinterventionen sind grundsätzlich nicht erlaubt (EKD-Friedensdenkschrift 2007, S. 71ff).

Der amerikanische Philosoph Michael Walzer hat diese Definition ausgedehnt. Nicht die Unmittelbarkeit des Angriffs, sondern das Ausmaß der Bedrohung ist relevant: „Angesichts eines drohenden Krieges dürfen Staaten handeln, wenn der Verzicht auf Präemption<sup>6</sup> eine ernsthafte Gefährdung für die territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit eines Staates darstellt“ (zitiert nach Rudolf, 2012, S. 26).

---

<sup>6</sup> Zu unterscheiden ist die völkerrechtlich abgesicherte präemptive Selbstverteidigung, die voraussetzt, dass einen unmittelbare Bedrohung besteht, von einem deutlich vager begründeten Präventivangriff (Rudolf, 2012, S. 21).

Bei beiden Definitionen gilt: Ein Rest von Unsicherheit bleibt in jedem Fall, ein Einsatz kann nur *ultima ratio* sein. Legt man diese Kriterien an, lässt sich im Hinblick auf den Iran diese Situation so nicht konstatieren.

Ein weiteres ethisches Argument kommt hinzu: Bei der Vernichtung der nuklearen Infrastruktur geht es nicht nur um Anlagen und Gebäude, sondern auch um die Experten, die dort arbeiten. Diese Gruppe von Menschen, deren Wissen für den Bau von Waffen nötig ist, würden und müssten entsprechend der zugrunde liegenden Zielbestimmung genauso ausgelöscht werden. Gerade hier ist es nicht mehr möglich, unter Maßgabe der Verhältnismäßigkeit das Töten dieser Menschen zu rechtfertigen (Rudolf, 2012, S. 28).

Mögliche Ziele eines Angriffs können sein:

1. Die Verzögerung des iranischen Nuklearprogramms, was gezielte begrenzte Zerstörung bedeutet.
2. Die Beendigung des Atomprogramms, was breite Zerstörung nötig macht.
3. Der Sturz des Regimes, was einen großangelegten militärischen Einsatz gegen die nukleare, militärische, politische und wirtschaftliche Infrastruktur des Iran erfordert (Rudolf, 2012, S.15).

Die Hauptargumente der israelischen Befürworter des Militäreinsatzes lauten:

1. Ein atombewaffneter Iran wird die geopolitische Machtbalance in der Region zuungunsten Israels und der USA verändern,
2. Eine riskante und kostspielige Eindämmung und Abschreckung würde nötig werden. Dass diese funktioniert, setzt ein Überlebensinteresse voraus, das allerdings bei der schiitischen Märtyrerieideologie der iranischen Führung nicht unbedingt gegeben ist (dieses Argument wird besonders von Netanjahu vertreten).

Die Sorge, die iranische Führung könnte aus ideologischem Eifer Atomwaffen gegen Israel richten, beschäftigt vor allem die politische Elite des Landes. Israelische Sicherheitsexperten sehen eher das geopolitische Argument im Vordergrund und sehen keine unmittelbare Gefahr eines Angriffs auf Israel. Sie fürchten eher, dass der Konflikt, einmal losgetreten, unkontrolliert eskalieren würde. Zudem wird für die israelische Gesellschaft befürchtet, dass eine Abwanderung gerade der gut ausgebildeten Eliten drohen könnte, wenn Israel als „sichere Heimstatt“ von einem Atomangriff bedroht wäre (Rudolf, 2012, S.16f).

Die Befürworter in den USA stellen eher die hohen Kosten einer Abschreckungspolitik in den Vordergrund, wie auch eine mögliche Proliferationskette in der Region: Hier ist besonders die Vorstellung eines nuklear bewaffneten Saudi-Arabiens, des Gegenspielers des Iran, besorgniserregend.

Wie können diese Argumente beurteilt werden?

Auffällig ist, dass die Befürworter eines Einsatzes in Bezug auf die Situation den „worst case“ annehmen, in Bezug auf die Erfolge allerdings vom „best case“ ausgehen. Die Widersprüchlichkeit der Argumentation fällt schnell ins Auge: Einerseits wird behauptet, dass der Iran auf eine Abschreckungspolitik nicht rational reagieren würde (Stichwort „Märtyrerieideologie“), andererseits wird von einer rationalen, kalkulierbaren Reaktion bei einem militärischen Angriff auf die Nuklearanlagen ausgegangen. Es ist jedoch vollkommen unklar, ob die iranische Führung auf einen Angriff rational reagieren würde. Fraglich ist zum einen, ob sie die begrenzten Ziele eines Angriffs erkennt, oder davon ausgeht, dass ein Regimesturz intendiert ist. Unklar ist, ob im Iran selbst überhaupt eine zentrale Kontrolle über eine mögliche Reaktion bestände. Eine rationale Reaktion des Iran wäre auf der Ebene der UN denkbar, wo er als Opfer eines Militärangriffs auftreten und eine entsprechende Resolution initiieren könnte. Amerikanische Sicherheitsexperten gehen davon aus, dass der Iran mit terroristischen Anschlägen im Ausland gegenüber amerikanischen Einrichtungen reagieren wird.

Die Befürchtung einer Proliferationskette ist insofern fragwürdig, als die meisten infrage kommenden Kandidaten in einem engen Verhältnis zu den USA stehen, so z.B. Saudi-Arabien.

Insgesamt ist es nicht möglich, die Wahrscheinlichkeit eines der zahlreichen Szenarien einzuschätzen. Fraglich ist, ob es wirklich dauerhaft zu verhindern ist, dass der Iran in die Lage kommt, eine Atombombe zu bauen. Mittlerweile zeigt sich Unmut in der iranischen Bevölkerung

gegen die wirtschaftlichen Folgen der Sanktionen, wie z.B. in den Protesten der Basarhändler in Teheran vor einigen Wochen. Dies könnte ein leises Anzeichen dafür sein, dass die Sanktionen zu greifen beginnen. Auch wenn dies schwer einzuschätzen ist, so ist eines doch sicher: Ein Präventionsangriff würde dazu führen, dass der Iran nun noch entschlossener den Bau von Kernwaffen forciert. Dann wäre Israel in noch größerer Gefahr als zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Überzeugend ist die Einschätzung eines amerikanischen Sicherheitsexperten: „Schlimmer als ein atomar bewaffneter Iran ist ein Iran, der von Israel attackiert wurde.“ (Rudolf 2012, S.19).

#### *Wie wahrscheinlich ist ein atomarer Angriff des Iran auf Israel?*

Hier geht es darum, zwischen Rhetorik und einer Beurteilung anhand der bisherigen Politik des Iran zu unterscheiden. Im Vordergrund der öffentlichen Wahrnehmung stehen die Israel feindlichen Äußerungen des iranischen Staatspräsidenten Ahmadinedschad. Sie nahmen ihren Ausgang mit seiner Aussage, Israel müsse von der Landkarte verschwinden. Es stellte sich später heraus, dass diese Äußerung auf einer unbedeutenden Studentenkonferenz fiel und ein Zitat des Revolutionsführers Ayatholla Khomeini war, das wörtlich übersetzt lautet: „Das Regime, das Jerusalem besetzt hält, muss von den Seiten der Geschichte verschwinden.“ (von Schwerin, 2012) Auch wenn der iranische Staatspräsident beteuerte, dass hiermit keine Kriegsdrohung gemeint war, so schienen doch die allgemein heftigen Reaktionen ihn dazu zu ermuntern, sich nun auch weiter mit extremen Positionen wie der Leugnung des Holocaust oder einer behaupteten Verbindung zum Messias die öffentliche Aufmerksamkeit zu sichern.

Um die Aussagekraft dieser Drohungen realistisch einzuschätzen, ist ein Blick auf die bisherige Außenpolitik des Iran hilfreich. So ist letztlich für außenpolitische Entscheidungen nicht der Staatspräsident, sondern als Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Vorsitzende des Revolutionsrates, Ali Chamenei verantwortlich. Dieser ist im Unterschied zu Ahmadinedschad, dessen Amtszeit 2013 endgültig abläuft, eher ein konservativer Realpolitiker, dem es an einem Erhalt des Status Quo gelegen ist. So zeigt auch die Außenpolitik des Iran in den letzten Jahre einen deutliche Kontinuität und eher Vernunft und Pragmatismus als revolutionäres Abenteuerertum: Seit Ende des Irakkrieges 1988 waren die außenpolitischen Reaktionen eher an eigenen Interessen orientiert, als ideologisch geprägt. Im Karabach-Konflikt stellte die iranische Führung auf die Seite der christlichen Armenier, in Tadschikistan unterstützte der Iran nicht die Rebellen, sondern nahm eine Vermittlerrolle ein, im Afghanistan-Konflikt spielte der Iran überwiegend eine untergeordnete Rolle, die Vertreibung der Taliban und der Al-Qaida nach dem 11. September wurde ausdrücklich begrüßt, Waffenlieferungen an diese Gruppen konnten nie belegt werden. Beim Sturz Saddam Husseins kooperierte der Iran mit den USA. Dabei unterstützte die iranische Politik die schiitischen Minderheiten, sei es im Irak oder in den Golfstaaten. Deren Poteste gegen die autoritären Herscherhäuser war jedoch kein Ergebnis iranischer Intervention, sondern sie hatten ihren Grund in der Unterdrückung und Diskriminierung durch die jeweiligen Regime (von Schwerin, 2012).

In welcher Weise der Iran die Hamas nicht nur ideologisch, sondern auch direkt militärisch unterstützt, ist jüngst im Zusammenhang mit dem Abschuss iranischer Fadjr-5 Raketen von Gaza auf Israel diskutiert worden. Während sich von offizieller Seite Sprecher der iranischen Regierung damit brüsten<sup>7</sup>, ist es unklar, ob es direkte Waffenlieferungen wirklich gibt oder ob nicht vielmehr das Interesse Teherans dahin geht, sich in der islamischen Welt eine Führungsposition zu erarbeiten. Ob eine direkte Unterstützung der Hamas durch den Iran einen israelischen Angriff legitimiert, ist fraglich, auch wenn das Vorgehen des Iran sicherlich auch völkerrechtlich zu verurteilen ist.

Eine direkte Verbindung besteht allerdings mit der schiitischen Hisbollah im Libanon, die vom Iran mit Geld und Waffen unterstützt wird. Ihre wichtige politische Rolle im Libanon geht jedoch weit über die Unterstützung durch Teheran hinaus und resultiert aus ihren sozialen Netzwerken und ihrem Nimbus als Verteidiger der nationalen Integrität des Libanons, vor allem durch ihren Kampf gegen die israelische Besatzung im Südlibanon.

Das Bündnis des Iran mit Syrien hat wiederum rein pragmatische Hintergründe und ist nicht ideologisch begründet.

---

<sup>7</sup> So Spiegel-online vom 21.11.2012.

Wie diese kurze Aufzählung zeigt, kann die bisherige Außenpolitik Teherans eher als reaktiv bis defensiv beschrieben werden. Die Wahrnehmung, dass es sich beim Iran um einen aggressiven Staat handelt, resultiert eher aus der repressiven Innenpolitik sowie der brutalen Verfolgung von Oppositionellen im Ausland (von Schwerin, 2012).

David Grossmann (2012) stellt schließlich die Frage, ob es nicht selbst für den Fall, dass das Atomprogramm des Iran nicht gestoppt werden kann, besser wäre, dass Israel sich bei einem Angriff zurückhielte, selbst wenn dies bedeutet, dass Israel mit einem nuklear bewaffneten Iran leben müsste. „Und was, wenn Saudi-Arabien eines Tages ebenfalls Atomwaffen haben will und sie auch bekommt? Wird Israel auch die Saudis angreifen? Und wenn Ägypten unter dem neuen Regime ebenfalls diesen Weg geht? Wird Israel dann Ägypten bombardieren? Und wird es für alle Zeiten das einzige Land im Nahen Osten sein, das Atombomben haben darf? Selbst wenn diese Fragen schon gestellt und abgewogen wurden, wir müssen sie immer wieder stellen, bevor unsere Ohren taub werden vom Schlachtenlärm. Kann ein Krieg uns etwas Gutes bringen?“

#### *Feindbilder und historische Traumata*

Es ist sicher nicht zu bestreiten, dass auch in der iranischen Bevölkerung, wie in der gesamten arabischen Welt, eine kritische bis feindliche Haltung gegenüber Israel vorherrscht, das als Unrechtsstaat und Aggressor wahrgenommen wird. Die Palästinenserfrage steht dabei im Iran nicht im Zentrum der Aufmerksamkeit.

Sowohl in Israel wie im Iran ist der jeweils andere Staat als Feindbild präsent, ohne dass man voneinander viel wüsste. Auch wenn Israel unzweifelhaft ein säkularer demokratischer Staat ist, was über den Iran sicher so nicht gesagt werden kann – bei genauerem Hinsehen gibt es einige Gemeinsamkeiten: Beide Länder verfügen über eine entwickelte Zivilgesellschaft, die sich autoritärer und fundamentalistischer Strömungen erwehren muss, in beiden Ländern haben es liberale Kräfte zurzeit sehr schwer. Gemeinsam ist ihnen auch ihre religiöse Singularität in einer arabischen und sunnitischen Umgebung (Schmierer, 2012a).

Geschichtliche Erfahrungen bestimmen zudem das politische Handeln, gerade in dem gegenwärtigen Konflikt. Während Israel aus der Erfahrung des Holocaust seinen Anspruch auf eine qualitative strategische Überlegenheit in der Region zieht, und die eigene Atombewaffnung jeder Debatte entzieht, sind es beim Iran in erster Linie die Erfahrungen mit dem europäischem Imperialismus und Kolonialismus in der Region. Die Unterstützung des Schah-Regimes durch die USA galt als Gipfel der Demütigung. Daraus entsteht eine Haltung, sich nie wieder vom Westen etwas vorschreiben zu lassen. Das Verhalten des Iran zielt auf uneingeschränkte Souveränität und Gleichbehandlung in der Völkergemeinschaft. So stehen sich in beiden Ländern eine jeweilige Staatsräson gegenüber, die in Ihrer Genese nichts miteinander zu tun haben. Der Iran hat keine Mitverantwortung für den Holocaust, vielmehr fanden europäische Juden dort Asyl. Genauso wenig trägt Israel eine Mitschuld an der iranischen Opfergeschichte. In der Gegenwart wirken sich diese voneinander unabhängigen Erfahrungen aber eskalierend auf den Konflikt aus (Schmierer, 2012a).

#### **4. Reaktionen auf die Debatte um Land und Staat Israel**

Die Debatte um Land und Staat Israel, insbesondere das Wort der palästinensischen Christen, hat auch in den Kirchen zu Reaktionen geführt. Im folgenden soll hier auf die Plattform der Evangelischen Kirche im Rheinland zum Israel-Palästina-Konflikt Bezug genommen werden, wie auch auf die dem Text zugrunde liegenden Ausführungen in der Arbeitshilfe „Den rheinischen Synodalbeschluss zum Verhältnis von Christen und Juden weiterdenken – den Gottesdienst erneuern“ aus dem Jahr 2008. Eine direkte Reaktion der EMOK (Evangelische Mittel-Ost-Konferenz), die anschließend von der Kirchenkonferenz der EKD übernommen wurde, geht ebenfalls mit Würdigung und Kritik auf das palästinensische Dokument ein.

Schließlich wird die Orientierungshilfe der EKD „Gelobtes Land? Land und Staat Israel in der Diskussion“ aus dem Jahr 2012 vorgestellt und einer kritischen Würdigung unterzogen.

#### **4.1. Die Arbeitshilfe zum Rheinischen Synodalbeschluss**

entfaltet in Kapitel 3.3. eine grundlegende Klärung zur Genese und zum Verständnis der Formulierung im Rheinischen Synodalbeschluss, wonach die „fortdauernde(n) Existenz des jüdischen Volkes, seine(r) Heimkehr in das Land der Verheißung und auch ...() in der Errichtung des Staates Israel Zeichen der Treue Gottes gegenüber seinem Volk“ sei. Gerade im Zusammenhang mit dem Vorwurf einer fundamentalistischen Bibelauslegung, die sich zwar nicht explizit aber implizit gegen solche Aussagen wendet, werden sich die folgenden Überlegungen auf die Entfaltung dieser Formulierung und daraus resultierende Positionen beziehen.

Grundsätzlich wird bekräftigt, dass die Existenz Israels aus theologischen Gründen bejaht wird, ohne dass damit den Einzelentscheidungen von staatlichen Organen Recht gegeben würde.

Entscheidend für alle weitere Argumentation ist die Klarstellung, dass es sich bei dieser Formulierung um eine theologische Deutung handelt. Nicht bestimmte geschichtliche Ereignisse sind es, die etwas offenbaren (das wäre in der Tat eine fragwürdige „Geschichtstheologie“), sondern es geht darum, diese Ereignisse aus der Sicht des Glaubens zu deuten (S. 39). Sie sind nicht Ziel, sondern Ausgangspunkt einer theologischen Erklärung. Es sind also die besonderen Verstehensvoraussetzungen, die diese Deutung erst ermöglichen:

Diese gehen einerseits aus vom biblischen Befund, wonach Gottes bleibende Erwählung des Volkes Israel untrennbar mit der Landverheißung verbunden ist. Hinzu kommen die Einsichten, dass Christinnen und Christen und die europäische Staatengemeinschaft es nicht vermocht haben, die Existenz des jüdischen Volkes zu sichern und schließlich die Glaubenseinsicht, dass Gott seinem Volk unverbrüchlich die Treue hält.

Dabei ist nicht gemeint, dass mit der Rückkehr ins Land Israel die Landverheißung vollständig erfüllt wäre.

An erster Stelle steht die Heimkehr und das Leben von Jüdinnen und Juden im Land ihrer Väter, die Staatsgründung leitet sich davon ab. Der Staat ist das Mittel, diese Heimkehr zu sichern. Es geht nicht darum, das Wesen des Staates theologisch zu überhöhen. Sondern es geht um die Funktionen, die dieser Staat in Hinblick auf das Volk ausübt: Heimstatt zu sein, Raum für die Verwirklichung von Gerechtigkeit und Erfüllung der Tora zu bieten.

Reale Verhältnisse nehmen Einfluss darauf, inwieweit der Staat diese Funktionen erfüllt und deutliches Zeichen der Treue Gottes ist oder dies eben nicht oder nur sehr unzureichend erfüllt und damit seinen Zeichencharakter verdunkelt

Hierin liegt kritisches Potential dem Staat gegenüber.

Die Kritik an den Formulierungen des Rheinischen Synodalbeschlusses fokussiert ihn häufig auf das Ereignis der Staatsgründung. Die Trias der Ereignisse, nämlich die Fortexistenz des jüdischen Volkes, die Heimkehr nach Israel und die Gründung des Staates ist allerdings nicht so zu verstehen, dass sie auf die Staatsgründung hinauslaufen. Vielmehr ist allein schon die Fortexistenz des jüdischen Volkes – sei es in Israel, sei es in der Diaspora – angesichts der Shoah ein Zeichen der Treue Gottes zu seinem Volk.

Schließlich finden sich in der Arbeitshilfe eine deutliche Wahrnehmung und Beschreibung der Situation von Palästinenserinnen und Palästinensern und insbesondere auch der Christen unter ihnen. Hierbei werden die Probleme der Besatzungs- und Siedlungspolitik und Verletzungen der Menschenrechte offen benannt.

Die Rede von der Gründung und dem Bestand des Staates Israel als Zeichen der Treue Gottes kann und soll über diese Sachverhalte nicht hinwegtäuschen. Doch Gründung und Fortbestand des Staates sowie Frieden und Gerechtigkeit gegenüber seinen Bürgern und Gerechtigkeit für die Palästinenser schließen sich nicht aus. Gerade die theologische Wertschätzung der Funktionen dieses Staates schließt Kritik ein und sensibilisierte für die realen Lebensbedingungen in diesem Staat.

#### **4.2. Der Rheinische „Diskussionsimpuls zur Lage in Israel/Palästina“ aus dem Jahr 2011**

würdigt das palästinensische Papier. Die darin geäußerte Klage wird als Anstoß zu einem intensiveren Dialog mit palästinensischen Christinnen und Christen gesehen wie auch als Aufruf, „erneut zum Konflikt zwischen dem Staat Israel und dem palästinensischen Volk Stellung zu beziehen“. In den folgenden Ausführungen werden die zentralen Argumente der Arbeitshilfe aus dem Jahr 2008 aufgeführt und auf die aktuelle Situation bezogen.

Der Diskussionsimpuls geht im Schlussteil über die Arbeitshilfe hinaus, da konkrete Handlungsvorschläge gemacht werden. Diese beziehe sich im Wesentlichen auf drei Bereiche:

1. Bereits vorhandenes Engagement soll in Gemeinden und Diensten sichtbar werden. Hierunter wird dann verstanden: die finanzielle Unterstützung verschiedener Projekte und Einrichtungen durch Kollekten und Haushaltsmittel; die finanzielle Unterstützung für Gruppen aus Kirchengemeinden, Schulen und Universitäten, die Israel und Palästina besuchen; schließlich die bereits bestehende Gesprächszusammenhänge sowie Publikationen und Stellungnahmen.

2. Verstärkt werden soll das Engagement: indem Gesprächszusammenhänge initiiert werden, in denen sich Menschen austauschen, die sie jeweils für Israel oder Palästina engagieren; indem das Gespräch mit palästinensischen Christinnen und Christen zu theologisch und politisch strittigen Fragen geführt wird; indem Dreieckspartnerschaften zwischen Kommunen, Kirchengemeinden und Schulen im Rheinland mit solchen in Israel und Palästina aufgebaut werden.

3. Neue Wege zur gewaltfreien Verständigung und Kommunikation sollen gesucht werden: Hier soll geprüft werden, ob Waren aus der Westbank so gekennzeichnet werden können, dass man unterscheiden kann, welche aus Siedlerbetrieben und welche aus palästinensischen Betrieben kommen; Partnerschaften zwischen Kirchengemeinden im Rheinland mit Kirchengemeinden und Synagogen in Israel und Palästina sollen ermutigt werden sowie Begegnung von israelischen und palästinensischen Kindern und Jugendlichen, Lehrerinnen und Lehrern. Hier sollen Synagogen und auch Moscheegemeinden beteiligt werden.

#### **4.3. Die Stellungnahme der Kirchenkonferenz der EKD und des Exekutivausschusses der EMOK „Die Stunde der Wahrheit (Kairos Palästina)“**

Diese vom EMOK-Exekutivausschuss am 22.4.2010 vorgelegte Stellungnahme wurde von der Kirchenkonferenz der EKD am 31.08.2011 übernommen.

Die Stellungnahme gliedert sich in zwei Hauptteile. Der erste Teil steht unter der Überschrift: „Was nehmen wir Gutes und Neues wahr in diesem Dokument?“

Grundsätzlich wird das Dokument als ein Hilferuf von Menschen gesehen, die unter der israelischen Besetzung leiden und ihre christlichen Geschwister in der Ökumene um Solidarität bitten. Positiv gesehen wird die implizite Anerkennung des Staates Israel als politischem Gegenüber, die Ablehnung jeder Instrumentalisierung der Religion in politischen Konflikten und die klare Orientierung an den Menschenrechten wie auch die erkennbare Versöhnungsbereitschaft, die Absage an Gewalt und Rache, worin ein entschlossener Friedenswille zum Ausdruck kommt.

Im zweiten Teil werden Anfragen und Vorbehalte gegenüber dem palästinensischen Dokument entfaltet. Hier werden insbesondere die Formulierungen in den Blick genommen, die Missverständnissen Raum geben:

Ein Dialog der Religionen kann sich nicht nur auf den christlich-muslimischen Dialog beschränken, sondern muss auch das Judentum einbeziehen. Die Begründung allen Leids mit der israelischen Besetzung lässt eine notwendige Differenzierung vermissen.

Besonders sind es die Äußerungen, die sich mit Fragen der Gewalt im Konkreten befassen. Wenn die Wurzeln des „Terrorismus“ allein in der israelischen Besetzung gesehen werden, wenn Hochachtung vor denjenigen zum Ausdruck gebracht wird, die ihr Leben für die Nation dahingegeben haben, so kritisiert die Stellungnahme zu recht, dass hier nicht deutlich genug gesagt wird, wer alles damit gemeint ist, und wer eben auch nicht (z.B. Selbstmordattentäter). Ein allgemeiner wirtschaftlicher Boykott gegen Israel, besonders von Produkten, die unter den Bedingungen der Besetzung hergestellt sind, wird vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte zurückgewiesen. Eingeräumt wird hier allerdings die Möglichkeit, keine Produkte aus widerrechtlichen Siedlungen zu kaufen.

Es wird kritisiert, dass der Ruf zur Umkehr von fundamentalistischen Positionen in Hinblick auf Israel unklar ist, wird hier doch nicht deutlich, welche Positionen genau gemeint sind. Einigkeit herrscht darüber, dass keine Theologie das Leid von Menschen rechtfertigen darf. Es besteht jedoch Gesprächsbedarf, wenn damit auch die theologischen Einsichten der Kirchen in Europa und Nordamerika über die bleibende, von Gott gegebene Verheißung an das Volk Israel gemeint ist.

Schließlich wird jede implizierte Gleichsetzung mit dem Kampf gegen das Apartheidsregime in Südafrika zurückgewiesen, die durch die Begriffswahl des ÖRK bei der Verbreitung des Dokuments als „Kairos-Papier“ hergestellt wird.

Insgesamt macht die Stellungnahme die zentralen Probleme des Dokuments deutlich, lässt jedoch eine grundlegende Auseinandersetzung mit den darin enthaltenen theologischen Denkmustern vermissen. Auch eine Bezugnahme auf die Rede vom Staat Israel als „Zeichen der Treue Gottes“, wie z.B. in der Plattform aus der EKIR findet sich dort nicht.

#### 4.4. Im Unterschied zu den bisher vorgestellten Papieren hat die Orientierungshilfe der EKD „**Gelobtes Land? Land und Staat Israel in der Diskussion**“ aus dem Jahr 2012

einen deutlich anderen Charakter. Hierbei handelt es sich um eine Ausarbeitung, die das Thema vorrangig historisch und theologiegeschichtlich reflektiert.

Nach einer Einführung und einer Verhältnisbestimmung von Christen zum Staat Israel werden Begriffe geklärt und Fragen formuliert, die sich heute mit der biblischen Landverheißung, jüdischem Selbstverständnis und dem Verhältnis von biblischen Befunden und heutiger Politik verbinden.

Im Zweiten Kapitel stehen biblische Aussagen im Alten und Neuen Testament im Mittelpunkt. Hier wird u.a. deutlich, dass die biblischen Aussagen über die Grenzen dieses Landes nicht eindeutig sind, andererseits Gebiete, die heute zum Staat Israel gehören, nicht genannt werden. Ein Gang durch das Neue Testament zeigt, dass hier das Land und die Landverheißungen keine große theologische Bedeutung haben, dies keine Frage war, die die ersten Christen beschäftigt.

Das dritte Kapitel nimmt das nachbiblische Judentum in den Blick. Über die hellenistische Zeit und das rabbinische Judentum wird bis zum Zionismus und seiner Aufnahme innerhalb der verschiedenen Strömungen im Judentum eine Linie aufgespannt. Durchgängiges Thema ist die Spannung zwischen dem dauerhaften Leben in der Diaspora und einer Rückkehr ins Land Israel. Sowohl die historischen Umstände als auch die unterschiedlichen theologischen Deutungen werden in Grundzügen dargestellt.

Der Zionismus als eine Bewegung, die vor dem Hintergrund des Antisemitismus in Europa als Versuch der Emanzipation wie auch im Kontext der europäischen Nationalbewegungen entstand, stellt eine neue Entwicklung dar. Sowohl Befürworter als Gegner sahen darin eine Diskontinuität zum traditionellen religiösen Judentum, das die Rückkehr in das Land mit dem Kommen des Messias verband (S. 24).

Säkulare Zionisten legten die religiösen Traditionen nicht-religiös aus, auch wenn sie sich weiterhin darauf bezogen.

Das orthodoxe Judentum reagierte gespalten: Ein Teil deutet die Gründung des Staates Israel als verborgenes Wirken Gottes, die Besetzung Ostjerusalems und der Westbank 1967 wurde als Beatätigung messianischer Deutungen interpretiert (S. 25) Damit verband sich der bis heute andauernde Versuch, auch in der Gesetzgebung dem Staat eine zunehmend religiöse Prägung zu geben.

Andere orthodoxe Gruppen hielten an der traditionellen messianische Hoffnung fest und kritisieren einen Messianismus, der militärische Siege als Beweis göttlicher Hilfe deutet. Auch im orthodoxen Spektrum gibt es Gruppen, die eine Rückgabe der besetzten Gebiete unterstützen und sich für eine friedliche Lösung einsetzen.

Im vierten Kapitel wird die Geschichte des „Heiligen Landes“ aus kirchengeschichtlicher Perspektive beschrieben. Ausgehend von neutestamentlichen Zeugnissen und den Kirchenvätern wird die Geschichte insbesondere Jerusalems unter byzantinischer Herrschaft, persischer und muslimischer Eroberung, den Kreuzzügen, den Mamelucken und schließlich der osmanischen Herrschaft beschrieben. Im 19. Jahrhundert verbanden sich mit den wachsenden Einflüssen des europäischen Kolonialismus in der Region Gründungen von Missionsgesellschaften.

Es folgt ein fünftes Kapitel, in dem die engen Beziehungen des Islam zu Jerusalem in theologischer und religiöser Hinsicht beschrieben werden. Eingegangen wird auch auf Argumentationsmuster der Gegenwart, was mit dem gegenwärtigen Dialog zwischen Christen und Muslimen begründet wird. Hier setzt die Orientierungshilfe bei den islamischen Reformbewegungen im 19. Jahrhundert an. An verschiedenen Stellen wird zwar betont, dass die meisten Muslime auch in Deutschland eine moderate Position einnehmen, doch die Darstellung insgesamt räumt eher extremen Positionen einen weiten Raum ein.

Vieles davon – wie die weit verbreitete Verschwörungstheorie und die Rezeption antisemitischer Texte europäischer Provenienz, wie die Protokolle der Weisen von Zion – ist eher im arabischen Kontext angesiedelt. Leider wird auch kein Zusammenhang zur kolonialen Erfahrung in der Region hergestellt, vor der die Entstehung des arabischen Nationalismus erst verständlich wird und die auch ein entscheidender Impuls

neben religiösen Begründungen für die Ablehnung Israels war. Dieses Kapitel leidet besonders unter der sehr knappen Zusammenfassung, so dass bei vielen der dargestellten Positionen der historische, regionale und religiöse Kontext im Dunkeln bleibt. Gerade weil die islamische Diskussion manchen Lesern nicht so vertraut sein mag, wäre hier eine größere Sorgfalt angebracht gewesen.

Das folgende sechste Kapitel beschreibt das Spektrum christlicher Kirchen und die zum Teil bedrückende Lebenssituation besonders der palästinensischen Christen und gibt einen statistischen Überblick über die Entwicklung der Religionsgemeinschaften in Israel mit Schwerpunkt auf die christliche Kirchen.

Das siebte Kapitel gibt schlaglichtartig einen Überblick über Land und Staat Israel in der Theologiegeschichte und der Israeltheologie im 20. Jahrhundert. Dabei werden die Ansätze einzelner Theologen mit ein bis zwei Sätzen charakterisiert; die Frage ist, ob in dieser Verkürzung nicht die Gefahr von Missverständnissen liegen kann. Auch die Position der orientalischen Kirche und der Römisch-katholischen Kirche werden kurz gestreift.

Mehr Raum nimmt dankenswerter Weise ein Unterkapitel über den christlichen Zionismus ein, dem eine deutliche Absage erteilt wird.

Die letzten beiden Abschnitte (7.3 und 7.4.) setzen sich mit der palästinensischen Befreiungstheologie und dem Wort der palästinensischen Christen auseinander. Sie stellen die klaren Stellungen sowohl der EKD (Christen und Juden I-III, 1975-2000) wie auch der GEKE („Kirche und Israel. Ein Beitrag der reformatorischen Kirchen Europas zum Verhältnis von Christen und Juden“ 2001) heraus, in denen jeder Universalisierung der Landverheißungen an Israel eine Absage erteilt wird.

Stattdessen wird die Erkenntnis von der bleibenden Erwählung Israels betont, die im Rheinischen Synodalbeschluss von 1980 und den Leitsätzen des Reformierten Bundes von 1990 mit der einschlägigen Formulierung vom „Zeichen der Treue Gottes“ ihren Höhepunkt findet. Es wird darauf hingewiesen, dass diese Positionen bis heute kontrovers diskutiert werden. Dem werden die Konsensformulierungen von EKD und GEKE gegenübergestellt. Hier ist davon die Rede, dass das Existenzrecht des Staates Israel „völkerrechtlich unumstritten“ ist und somit „keiner theologischen Legitimation bedarf“. Gleichzeitig wird die Verpflichtung formuliert „für das Lebensrecht des jüdischen Volkes in Lande der Väter einzutreten“ (S. 49). Leider wird hier ein Missverständnis reproduziert, als sei mit der Rede vom Zeichen der Treue Gottes eine theologische Legitimation des Staates Israel unter völkerrechtlichen Gesichtspunkten intendiert. Dem ist entgegenzuhalten, dass es, wie oben bereits dargestellt, um eine Aussage des Glaubens geht, die sich primär auf die Funktionen dieses Staates in Hinblick auf das jüdische Volk bezieht.

Die folgenden Ausführungen in einem achten Kapitel zum evangelischen Staatsverständnis und Staat Israel beginnen mit dem Neuen Testament und beschreiten einen Weg, der über die lutherische Zwei-Reiche-Lehre und die 5. These der Barmer Theologischen Erklärung zu den Kriterien von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden führt, die an die modernen Staatsformen angelegt werden. An der Erfüllung dieser Kriterien lässt sich aus evangelischer Sicht die Legitimität eines Staates messen. Ziel dieser Ausführung ist es, den Staat Israel als einem säkularen demokratischen Staat zu sehen, an den ebenfalls diese Kriterien angelegt werden sollen. Dies steht jedoch nicht im Widerspruch zu den Positionen, die dazu im Rheinland formuliert werden.

Das letzte neunte Kapitel greift schließlich noch einmal mit der Überschrift „Israel – Zeichen der Treue Gottes?“ die rheinische Formulierung auf – und versieht sie mit einem Fragezeichen. Nach einem längeren Exkurs über die Frage, ob Orte „heilig“ sein können, dem weitgehend eine Absage erteilt wird, wird das Land Israel als ein Ort beschrieben, der insofern von religiöser Bedeutung ist, als sich dort die Geschichte der Selbstmitteilung Gottes ereignete. Die „Heiligkeit“ des Landes liegt nicht im Land selbst oder in einer besonderen Gottesgegenwart, „sondern in seiner Deutung und seiner Bedeutung für den Glauben“ (S. 57).

Der Schlussabschnitt greift die Rede vom Zeichen der Treue Gottes noch einmal auf. Einerseits wird geschlossen, dass die biblischen Landverheißungen aus dem agrarischen Kontext stammen und die Sicherstellung der Lebensgrundlage bedeuten. Sie sind Hoffnungsbilder in Zeiten des Exils. Im Zentrum der Landverheißung steht also Gottes Versprechen, sein Volk zu bewahren. Biblische Aussagen können nicht als „göttlicher Fahrplan“ betrachtet werden.

Schließlich wird doch noch in einem kurzen Passus (S. 59) die Rede vom „Zeichen der Treue Gottes“ aufgegriffen. Nach vielen Abgrenzungen wird formuliert: „Auch die Gründung des Staates



kann als ein Mittel erscheinen, um unter den Bedingungen der unerlösten Welt und angesichts der realen Konflikte im Nahen Osten Jüdinnen und Juden ein Leben in Recht und Frieden zu ermöglichen. In diesem Sinn kann die Gründung des Staates Israel als ‚ein Zeichen der Treue Gottes zu seinem Volk‘ gedeutet werden.“

#### *Was die Orientierungshilfe leisten kann – und was nicht*

Unzweifelhaft bietet die Orientierungshilfe eine Fülle an Informationen. Sie zeigt wie vielfältig die Zugangsweisen zu der Fragestellung nach Land und Staat Israel sind und liefert u.a. eine Fülle von historischen Informationen, die Interesse wecken und zum Weiterlesen anregen. Dies ist an vielen Stellen sicher auch nötig, denn aufgrund des begrenzten Umfangs konnte manches nur angerissen werden, was bei komplexen Sachverhalten leicht zu Missverständnissen führen kann.

Geht es um theologische Gewichtigungen, so ist das bei solchen Veröffentlichungen übliche Dilemma offensichtlich, dass zum Teil sehr gegensätzliche Positionen wenn nicht auf einen Nenner, so doch in eine angemessene Form gebracht werden müssen. Das führt dazu, dass vieles auf der darstellenden Ebene bleibt und nach einem Mittelweg gesucht wird, der keinem weh tut aber auch keinen wirklich zufriedenstellt. Dies bleibt an vielen Stellen unbefriedigend.

So ist es auch nicht verwunderlich, dass die Orientierungshilfe da aufhört, wo es eigentlich brisant wird: bei der Frage der aktuellen Politik und wie wir uns dazu verhalten sollen.

## 5. Folgerungen

### 1. Absage an jede undifferenzierte Israelkritik

Eine Position, wie sie sich in den Beiträgen von Vollmer, Braverman und Müller findet, bedient altbekannte Klischees. Die Autoren gerieren sich als vermeintliche Tabubrecher. Ihre theologische, historische und politische Argumentation ist leicht zu entkräften, ihrer Forderung nach Eindeutigkeit sollte mit Differenziertheit und Information begegnet werden. Wo Sachverhalte falsch oder verkürzt dargestellt werden, muss dem entschieden begegnet werden. Diese Beiträge spiegeln jedoch auch wieder, was Umfragen zeigen: Eine wachsende Mehrheit in Deutschland, besonders unter der jüngeren Generation, stimmt der unterstützenden Haltung der Bundesrepublik gegenüber dem Staat Israel nicht mehr zu, ohne dass dies mit antisemitischen Einstellung einhergeht.<sup>8</sup> Es zeigt sich hier also ein Mangel an differenzierter, informierender und offener Debatte. Diese zu führen ist notwendig, um selbsternannten Tabubrechern den argumentativen Boden zu entziehen. Was letztere betrifft, so ist zu fragen, welches eigentliche Thema sich hinter diesen Diskursen verbirgt.

### 2. Theologische Herausforderungen

Eine wirkliche Anfrage an uns stellt das Wort der palästinensischen Christen dar. Trotz theologischem und politischem Dissens an verschiedenen Stellen können und sollen wir uns einer Auseinandersetzung nicht entziehen. Es wird wenig Überzeugungskraft haben, wenn wir unsere theologische Position als die richtige der ihnen bloß entgegenhalten. Es geht um eine intensive theologische Debatte, in der wir möglicherweise deutlicher aufzeigen müssen, was mit der Rede von der Treue Gottes gemeint ist und worauf sie sich gründet – und was eben nicht gemeint ist. Die Probleme einer Befreiungstheologie dieser Art können nur im Dialog und im theologischen Austausch bearbeitet werden. Hierfür müssen verstärkt Möglichkeiten geschaffen werden. Dies kann umso glaubwürdiger geschehen, wenn wir unsererseits das dahinter stehende Anliegen aufgreifen und uns ernsthaft mit der bedrückenden Wirklichkeit der palästinensischen Bevölkerung auseinandersetzen.

---

<sup>8</sup> Eine ausführliche Darstellung einer wachsenden israelkritischen Haltung insbesondere im Zusammenhang mit israelischen Militäraktionen findet sich bei Asseburg/Busse, 2011c, S. 711. Diese kritische Haltung geht zahlenmäßig um ein Vielfaches über die weitgehend konstanten antisemitischen Einstellung von immerhin 15-20 % der deutschen Bevölkerung hinaus, wie die Forschergruppe um Wilhelm Heitmeyer in den jährlichen Untersuchungen „Deutsche Zustände“ (2005-2010) dokumentiert.

Ein Blick in verschiedene Veröffentlichungen von kirchlicher Seite zeigt, dass immer wieder unmissverständlich gegen die israelische Politik der Besatzung Stellung bezogen und das asymmetrische Machtverhältnis benannt wurde. Eine besonders klare Positionierung, kombiniert mit Vorschlägen einer praktischen Umsetzung, bietet der „Diskussionsimpuls zur Lage in Israel/Palästina“ der EKIR. Es ist schwer nachzuvollziehen, warum darauf von den Kritikern – insbesondere der rheinischen Position – kaum Bezug genommen wird. Wird hier bewusst oder unbewusst eine differenzierte Haltung nicht wahrgenommen, oder wirft dies eher Fragen nach unserer Kommunikationsfähigkeit auf?

Es sollte geprüft werden, welche Wege der Vermittlung verstärkt, welche institutionellen Verbindungen genutzt und welche Rahmenbedingungen für gemeinsame theologische Arbeit und Austausch geschaffen werden können.

### 3. Politische Implikationen

Die Politik des Staates Israel und seiner Repräsentanten kann nur mit den gleichen Kriterien beurteilt werden wie die jedes anderen Staates. Hier kommen Fragen des Völkerrechts und der Menschenrechte in den Blick. Wo diese durch die herrschende Politik gebrochen oder verletzt werden, gibt es keinen Grund, dies zu beschönigen oder zu entschuldigen.

Eine Kritik am Staat Israel sollte allerdings folgende Kriterien erfüllen:

1. Israel muss mit dem gleichen Maß gemessen werden, wie andere Völker und Staaten auch;
2. Kritik an Israel darf keine Zweifel am grundsätzlichen Existenzrecht Israels aufkommen lassen;
3. Kritik an Israel darf sich keiner antijüdischen Stereotypen bedienen;
4. Kritik an Israel sollte jeden Vergleich mit Ereignissen des Dritten Reichs unterlassen, weil dies einer Verharmlosung des Holocaust gleichkommt (Meißner, 2011).

Darüber hinaus ist es wichtig, Israel und seine Bevölkerung nicht mit der herrschenden Regierung gleichzusetzen. Die ethnische und kulturelle Vielfalt innerhalb der israelischen Gesellschaft stellt einen großen Reichtum dar, gleichzeitig kann diese Vielfalt auch immer wieder an den Rand einer Zerreißprobe und zu massiven Konflikten führen. Die Frage ist, welche innergesellschaftliche Dynamik in Gang kommt, wenn es wirklich zu einem Frieden mit den Palästinensern kommen sollte und äußere Bedrohung nicht mehr den inneren Zusammenhalt erfordert. Hinzu kommt die zunehmend schwierige soziale und wirtschaftliche Situation, die bereits im Sommer letzten Jahres zu massiven Protesten führte. Unsere Solidarität mit Israel ist in erster Linie eine Solidarität mit den Menschen, die dort leben, nicht mit jeder Politik der jeweiligen Regierungen. In der gegenwärtigen Situation kann Solidarität mit Israel gerade nicht bedeuten, die Politik der gegenwärtigen israelischen Regierung zu rechtfertigen, da sie die Sicherheit des Landes und seiner Menschen eher gefährdet als schützt. Die größte Sicherheit für Israel bietet ein friedliches Zusammenleben in der Region. Die Bereitschaft dazu kann natürlich nicht nur von Israel eingefordert werden, sondern muss auch auf Seiten der Palästinenser und der arabischen Staaten bestehen. Hier ist es wichtig, die Angst der Menschen in Israel selbst ernst zu nehmen, die täglich nicht nur von feindlicher Rhetorik aus den Nachbarstaaten, sondern auch durch den Raketenbeschuss aus dem Gaza-Streifen Nahrung erhält.

Aufgrund des asymmetrischen Machtverhältnisses liegt es trotzdem nahe, hier von Israel entsprechende Schritte zu erwarten. Es ist fraglich, ob das Ende jeder Gewalt eine Vorbedingung sein kann, oder ob hierdurch nicht jede Weiterentwicklung zu einem friedlichen Zusammenleben auf unbestimmte Zeit in die Zukunft verschoben wird. Ein dauerhafter Friede wird vermutlich nur im Laufe eines Prozesses erreicht werden, auch in dem Sinne, dass gewalttätiger Widerstand zunehmend an Legitimation und Zustimmung verliert.

Die Umbrüche in der arabischen Welt bringen erst einmal weitere Unsicherheiten und Risiken für Israel mit sich. Langfristig kann jedoch durch Entwicklung und eine Stärkung der Zivilgesellschaft die Chance auf einen dauerhaften Frieden in der Region wachsen. Doch dies werden die arabischen Länder nicht alleine schaffen. Deshalb sollten wir uns gegenüber den politisch Verantwortlichen für ein starkes Engagement Deutschlands und der EU beim Aufbau tragfähiger

politischer, wirtschaftlicher und sozialer Strukturen einsetzen. Vorschläge hierzu sind bereits erarbeitet worden.<sup>9</sup>

#### 4. Friedensethische Erwägungen

Eine friedensethische Fragestellung verbindet sich mit der drohenden Kriegsgefahr zwischen Israel, den USA und dem Iran.

Selbst wenn man die völkerrechtlichen Probleme solch eines Präventivangriffs, die an sich schon schwerwiegend genug sind, außen vor lässt, stellen die nicht abzuwägenden Folgen eines Angriffs auf den Iran ein großes Risiko dar. Die Befürworter eines Angriffs können auch im Sinne einer strategischen Rationalität, d.h. einer Ausschaltung der potentiellen atomaren Bedrohung des Staates Israel, nicht überzeugen.

In der Friedensdenkschrift der EKD werden klare Positionen formuliert, die einen Militäreinsatz zur Ultima Ratio erklären. Nicht nur, dass die darin formulierten Kriterien bei einem Angriff auf den Iran nicht gegeben sind. Ein schwerwichtiges Argument stellt auch die nicht nur in Kauf genommene, sondern in der Logik des Angriffs intendierte Tötung von Menschen dar, die mit dem Nuklearprogramm des Iran beruflich zu tun haben.

Letztlich ist bisher nicht abschließend zu beurteilen, inwieweit die Sanktionen und Wege der Diplomatie doch Wirkung zeigen. Darüber hinaus sind vertrauensbildende Maßnahmen flankierend in Betracht zu ziehen, um Wege einer zivilen Konfliktlösung beschreiten zu können.

Auch wenn die Möglichkeiten einer Einflussnahme von Seiten der Kirchen beschränkt sind, so sind kleinen Schritte dennoch möglich. So fanden in den zurückliegenden Jahren in unterschiedlichen Kontexten immer wieder Begegnungen mit Theologen aus dem Iran statt. Diese Gespräche sollten ausgebaut werden. Auch gilt es, einen differenzierten Blick auf die komplexe iranische Gesellschaft zu stärken, wozu auch eine bewusste Wahrnehmung von Reformkräften und Akteuren der iranischen Zivilgesellschaft gehört.

#### Literatur

*Beiträge aus dem Internet werden ohne Seitenzahlen zitiert, sofern sie nicht als pdf-Dokumente vorliegen.*

Abmeier, Karlies, Tabus in öffentlichen Debatten. Zur Fragwürdigkeit von verschwiegenen Bereichen, APuZ 5-6, 2012 <http://www.bpb.de/apuz/75860/tabus-in-oeffentlichen-debatten-zur-fragwuerdigkeit-von-verschwiegenen-bereichen> (abgerufen am 15.11.2012)

Asseburg, Muriel, Der Arabische Frühling. Herausforderung und Chancen für die europäische Politik, Stiftung Wissenschaft und Politik, 2011 a

Asseburg, Muriel, Der arabische Frühling und der israelisch-arabische Konflikt. Neue Zuspitzung im Mittelmeerraum, Bundeszentrale für politische Bildung, 12.10.2011 b, <http://www.bpb.de/internationales/afrika/arabischer-fruehling/52414/nahostkonflikt?p=all>, (abgerufen am 15.11.2012)

Asseburg, Muriel/Busse, Jan, Deutschlands Politik gegenüber Israel, in: Jäger, Thomas/Höse, Alexander/Oppermann, Kai (Hg.), Deutsche Außenpolitik, Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen, Normen, Wiesbaden 2011 c, S. 693-716

Braverman, Mark, Verhängnisvolle Scham. Israels Politik und das Schweigen der Christen, Gütersloh 2011

Brown, Nathan, Religion und Politik in Palästina. Der Islam und das Schisma zwischen Hamas und Fatah, in: Sterzing, Christian/ Heinrich-Böll-Stiftung, Palästina und die Palästinenser. 60 Jahre nach der Nakba, Schriften zur Demokratie, Band 25, Berlin 2011, S. 256-263

Crüsemann, Frank, Das Alte Testament als Wahrheitsraum des Neuen. Die neue Sicht der christlichen Bibel, Gütersloh, 2012

Evangelische Kirche in Deutschland, Aus Gottes Frieden leben, für gerechten Frieden sorgen. Eine Denkschrift des Rates der EKD, Gütersloh 2007

Evangelische Kirche in Deutschland, Stellungnahme der Kirchenkonferenz der EKD und des Exekutiv Ausschusses der EMOK, Die Stunde der Wahrheit (Kairo Palästina), Kirchenamt der EKD, Hannover 2010/2011

Evangelische Kirche in Deutschland, Gelobtes Land. Land und Staat Israel in der Diskussion, Gütersloh, 2012

---

<sup>9</sup> So fordert Muriel Asseburg eine Überprüfung aller bestehenden Projekte und Kooperationen und einen „Pakt für Arbeit, Ausbildung und Energie“ der EU mit Schwerpunkt auf Tunesien und Ägypten. Detaillierte Ausführungen hierzu in Asseburg, 2011a, S. 30ff.

*Evangelische Kirche im Rheinland*, Den rheinischen Synodalbeschluss zum Verhältnis von Christen und Juden weiterdenken – den Gottesdienst erneuern, Düsseldorf, 2008

*Evangelische Kirche im Rheinland*, Diskussionsimpuls zur Lage in Israel/Palästina, 2011  
[http://www.ekir.de/www/downloads/EKiR\\_Diskussionsimpuls\\_Israel\\_Palaestina2011.pdf](http://www.ekir.de/www/downloads/EKiR_Diskussionsimpuls_Israel_Palaestina2011.pdf) (abgerufen am 15.11.2012)

*Ging, John*, Eine einzigartige Beziehung. Die UNRWA und die palästinensischen Flüchtlinge, in: Sterzing, Christian / Heinrich-Böll-Stiftung, Palästina und die Palästinenser. 60 Jahre nach der Nakba, Schriften zur Demokratie, Band 25, Berlin 2011, S. 334-340

*Grossman, David*, Bevor unsere Ohren taub werden. Israelisch-Iranischer Atomkonflikt, 2012,  
<http://de.qantara.de/Bevor-unsere-Ohren-taub-werden/18825c19725i497/index.html>, (abgerufen am 15.11.2012)

Iran prahlt mit Militärhilfe für Hamas, Spiegel-online vom 21.11.2012, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/iran-prahlt-mit-militaerhilfe-fuer-hamas-a-868501.html>, (abgerufen am 2.1.2013)

Ellacuría, Ignacio/ Sobrino, Jon (Hg.) *Mysterium Liberationis*, Grundbegriffe der Theologie der Befreiung, Luzern 1995

Grass würdigt israelischen Staatsfeind, 29.09.2012, <http://www.zeit.de/kultur/literatur/2012-09/grass-gedicht-israel> (abgerufen am 15.11.2012)

Israel verhängt Einreiseverbot gegen Günter Grass, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/israel-verhaengt-einreiseverbot-gegen-quenter-grass-a-826327.html>, 08.04.2011, (abgerufen am 15.11.2012)

*Lehmig, Hanna*, Und es ist doch ein Kairos!, *Junge Kirche 2/ 2011*, <http://www.jungekirche.de/>, (abgerufen am 15.11.2012)

*Lois, Julio*, Christologie in der Theologie der Befreiung, in: Ellacuría, Ignacio/ Sobrino, Jon (Hg.) *Mysterium Liberationis*, Grundbegriffe der Theologie der Befreiung, Luzern 1995, Bd. 1, S. 213-241

*Meißner, Stefan*, Vom „Nationalgott Jahwe“ und anderen Mythen. Die Israelvergessenheit 2.0 der neueren protestantischen Theologie, 2011, <http://christen-und-juden.de/index.htm?html/vollmer.htm>, (abgerufen am 15.11.2012)

*Mildenberg, Florian/ Schröder, Hartmut*, Tabu, Tabuvorwurf und Tabubruch im öffentlichen Diskurs, APuZ 5-6, 2012  
<http://www.bpb.de/apuz/75862/tabu-tabuvorwurf-und-tabubruch-im-politischen-diskurs>, (abgerufen am 15.11.2012)

*Müller, Burkhard*, „Der Allmächtige als Lenker der Weltgeschichte?“, Rundfunkandacht am 20.09.2011,  
<http://rundfunk.evangelisch.de/kirche-im-radio/deutschlandfunk/morgenandacht/morgenandacht-der-allmaechtige-als-lenker-der-weltgeschichte->, (abgerufen am 15.11.2012)

*Müller, Burkhard*, Frieden und Versöhnung im Nahen Osten, Rundfunkandacht am 07.10.2011,  
<http://www2.evangelisch.de/themen/religion/nahostkonflikt-kirche-will-einseitige-schritte-israels49555>, (abgerufen am 15.11.2012)

*Nusseibeh, Sami*, Abschied von einer Zwei-Staaten-Lösung, Interview: Naima El Moussaoui, 4.09.2012,  
<http://de.qantara.de/Abschied-von-einer-Zwei-Staaten-Loesung/19746c21063i0p503/index.html>, (abgerufen am 15.11.2012)

*Rudolf, Peter*, Die USA, Israel und die Legitimität eines Präventivangriffs gegen Iran. Strategische, völkerrechtliche und ethische Aspekte, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, 2012

*Shafi, Salah Abdel*, Vielfalt in Einheit, Die Fragmentierung des palästinensischen Volkes und der Kampf um Einheit, in: Sterzing, Christian / Heinrich-Böll-Stiftung, Palästina und die Palästinenser. 60 Jahre nach der Nakba, Schriften zur Demokratie, Band 25, Berlin 2011, S. 106-1011

*Schmidmeier, Fabian*, Ein später arabischer Frühling für Palästina? Proteste in den palästinensischen Autonomiegebieten, 26.09.2012, <http://de.qantara.de/Ein-spaeter-Arabischer-Fruehling-fuer-Palaestina/19904c21293i0p104/index.html>, (abgerufen am 15.11.2012)

*Schmierer, Joscha*, Iran und Israel: Um die Entspannung zu denken, muss man die Spannung verstehen wollen, 20.03.2012,  
<http://www.boell.de/internationalepolitik/ausensicherheit/ausen-sicherheit-israel-iran-nahost-konflikt-gruende-14206.html>, (abgerufen am 15.11.2012)

*Schmierer, Joscha*, „Broader Middle-East“: Wirklich ein weites Feld. Es dreht sich nicht alles um Iran und Israel, 18.4.2012, <http://www.boell.de/internationalepolitik/ausensicherheit/ausen-sicherheit-iran-israel-konflikt-grass-terrorimus-14404.html>, (abgerufen am 15.11.2012)

*Schwerin, Ulrich von*, Die Leerstelle in der Irandebatte. Atomkonflikt mit der Islamischen Republik, 23.4.2012,  
<http://de.qantara.de/Die-Leerstelle-in-der-Iran-Debatte/18973c19901i1p496/index.html>, (abgerufen am 15.11.2012)

*Sterzing, Christian / Heinrich-Böll-Stiftung*, Palästina und die Palästinenser. 60 Jahre nach der Nakba, Schriften zur Demokratie, Band 25, Berlin 2011

*Vollmer, Jochen*, Vom Nationalgott Jahwe zum Herrn der Welt und aller Völker. Der Israel-Palästina-Konflikt und die Befreiung der Theologie, Deutsches Pfarrerblatt 8/2011, S. 404-409  
<http://pfarrerverband.medio.de/pfarrerblatt/index.php?a=show&tid=3030>, (abgerufen am 15.11.2012)

*Wengst, Klaus*, Das „Kairos-Palästina-Dokument“ – Eine theologische Auseinandersetzung, 2011, [http://www.compass-infodienst.de/Klaus\\_Wengst\\_Das\\_Kairos-Palaestina-Dokument\\_-\\_Eine\\_theologische\\_Auseinanderse.9899.0.html](http://www.compass-infodienst.de/Klaus_Wengst_Das_Kairos-Palaestina-Dokument_-_Eine_theologische_Auseinanderse.9899.0.html), (abgerufen am 15.11.2012)

*Wildnagel, René*, Die Frustration wächst. Kommt der palästinensische Frühling? 21.09.2012a, <http://www.boell.de/weltweit/nahost/naher-mittlerer-osten-kommt-der-palaestinensische-fruehling-15488.html>, (abgerufen am 15.11.2012)

*Wildnagel, René*, A Determined Democracy, 26.10.2012b, <http://en.qantara.de/A-Determined-Democracy/20057c21688i0p9/index.html>, (abgerufen am 15.11.2012)